

Bezugspreis:

Wöchentlich 10 Pfennig, monatlich 2 Reichsmark voraus zahlen. Unter Kreuzband für Deutschland, Belgien, Süd- und Westeuropa, Ostpreußen, Litauen, Dänemark 4,50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“ mit „Bildung und Kleingarten“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Kerniprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506 2507

Mittwoch, den 11. Februar 1925

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Bankkontos: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion
der Dionsia-Genossenschaft, Teplitzstraße 8

Anzeigenpreise:

Die einpolige Komparativ-
größe 10 Pfennig, Reklamemittel
4.- Reichsmark, kleine Anzeigen
das festgedruckte Wort 10 Pfennig
(aufwärts zwei festgedruckte Worte),
jedes weitere Wort 10 Pfennig.
Stellenangebote das erste Wort
10 Pfennig, jedes weitere Wort
5 Pfennig. Worte über 15 Buch-
staben zählen für zwei Worte.
Familienanzeigen für Abonnenten
Belle 10 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Geöffnet
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Marx zum Ministerpräsidenten gewählt.
Plan einer republikanischen Regierung mit Severing.

Der Reichskanzler a. D. Marx wurde gestern im
Landtag in der Stichwahl gegen den Volksparteiler
u. Richter mit 223 gegen 162 Stimmen zum
Ministerpräsidenten gewählt.
Im ersten Wahlgang hatten erhalten: Marx (S.)
219, v. Richter (Dp.) 153, Pies (Komm.) 43,
Ladendorff (Wirtsch. Vgg.) 16 und Körner
(Natsoj.) 11 Stimmen.

Die Wahl des früheren Reichskanzlers Marx bedeutet
noch keine sichere Lösung der preussischen Krise. Marx muß
nun erst ein Kabinett bilden, er muß vor den Landtag treten
und für die Erklärung seiner Regierung die Billigung er-
halten. Dann erst, wenn es soweit ist, ist die Preußenkrise
bis auf weiteres überwunden.

Marx beabsichtigt, ein Kabinett aus Zentrum und De-
mokraten zu bilden, in dem jedoch Genosse Severing als
Verbindungsmann zur Sozialdemokratischen Partei und als
„Fachminister“ verbleiben soll. Als solchen bezeichnet ihn die
„Germania“, „nachdem er in mehr als dreieinhalbjähriger
Praxis seine Geeignetheit nachgewiesen hat“. Ob die sozial-
demokratische Landtagsfraktion bereit sein wird, die Regierung
Marx in solcher Weise zu unterstützen, steht noch dahin; ein-
willigen wird der Wunsch nach einer stärkeren Beteiligung am
Kabinett vertreten, falls die Ministerverantwortung in irgendeiner
Form übernommen werden soll.

Kommt die Regierung so, wie Marx sie sich denkt, zu-
stande, so ist wahrscheinlich, daß ihre Erklärung, wenn auch
mit knapper Mehrheit, die Billigung erhalten wird. Der
Hauptsturm wird sich natürlich dann gegen das Ministerium
des Innern und gegen die Person des Genossen Severing
richten, da es ja das wichtigste Ziel der Reaktion ist,
die preussische Verwaltung in die Hände zu be-
kommen. Ein Mißtrauensvotum, das den Ministerpräsi-
denten oder einen Minister zum Rücktritt zwingt, bedarf der Zu-
stimmung mindestens der Hälfte aller Abgeordneten; diese
Zahl ist für die Opposition kaum erreichbar. Natürlich aber
besteht bei den äußerst knappen Mehrheitsverhältnissen und
dem ausgezeichneten Zusammenspiel der Kommunisten und
der Rechtsparteien dauernd die Gefahr ungünstiger Zufalls-
abstimmungen.

Jedenfalls hat auch die gestrige Wahl gezeigt, daß die
Linke im preussischen Landtag viel stärker ist als die Rechte,
deren Kandidat, Herr v. Richter, auch in der Stichwahl
mit 62 Stimmen hinter Marx zurückblieb. Die Lage wäre
vollkommen klar, wenn eben nicht auch die Kommunisten
da wären, die von der Reaktion als Sturmböck benützt werden
und sich gern als solchen benützen lassen.

Rebenbei, Herr v. Richter! Es ist schwer anzunehmen,
daß die Rechte gerade diese Kandidatur ernst gemeint hat.
War doch Herr v. Richter nicht bloß der Finanzminister, son-
dern auch der Troubadour der großen Koalition,
der ihr erst vor wenigen Wochen, bei seinem Ausscheiden
aus dem Kabinett, ein zu Herzen gehendes Abschiedslied ge-
sungen hat. Es ist erstaunlich, daß Herr v. Richter, wenige
Wochen nach dieser rührenden Szene, bereit war, den
Posten eines Ministerpräsidenten von den schärfsten Gegnern
seines einstigen politischen Lieblingsgedankens anzunehmen.
Dies ist wahrlich schon der Gipfel des National-
liberalismus!

Wer selber wandlungsfähig ist, traut auch anderen die
gleiche Eigenschaft zu. Darauf beruht die nicht aufgegebene
Hoffnung der Volkspartei, auch das Zentrum rechts
herumrücken zu können. Dieses hat bisher allen Lozungen
standgehalten, und bei der Zusammenfassung seiner preuss-
ischen Fraktion und Wählerschaft ist auch eine Aenderung
wenigstens für absehbare Zeit nicht zu erwarten.

Man wird trotzdem feststellen dürfen, daß dem Zentrum
jenes Draufgängertum fehlt, in kritischen
Situationen wie der gegenwärtigen noch immer die besten
Aussichten auf Erfolg hat. Das Zentrum hat Braun veran-
laßt, nach seiner Wiederwahl mit der Volkspartei und der
Wirtschaftspartei Verhandlungen anzuknüpfen, deren Aus-
sichtslosigkeit von vornherein feststand. Nun sollen von Marx
die gleichen Verhandlungen gepflogen werden. Die Absicht,
auf eine eigentliche Koalition mit den Sozialdemokraten zu
verzichten und die Teilnahme der Sozialdemokratie auf einen
Verbindungsmann zu beschränken, sieht auch wie eine Kon-
zession nach rechts aus — eine Konzession, die außerdem gar
nichts nützen wird, zumal der Verbindungsmann Severing
heißt. Jedes Zeichen von übertriebener Vorsicht, um nicht
zu sagen Schwäche, wirkt auf die Angriffslust der Rechten
stimulierend.

In diesem Zusammenhang verdient aber bemerkt zu
werden, daß die weitgehenden Ansprüche der Demo-
kraten einer halbwegs angemessenen Beteiligung der So-
zialdemokratie an der Regierung mehr im Wege zu stehen
scheinen als die diplomatischen Vor- und Absichten des
Zentrums.

Das Zentrum hat einen guten Trumpf in der Hand. Denn
die Rechtsregierung im Reich kann nur solange
existieren, wie das Zentrum es erlaubt. Es ist schon schlimm
genug, daß sich das Zentrum bisher im Reich nicht zu der
Entscheidung aufraffen konnte, von der die Rechtsparteien
im Reich und in Preußen einen Heberschuß besitzen. Unver-
ständlich und ein Akt der Selbsterniedrigung wäre es, wenn
das Zentrum der Rechten gestatten würde, gegen die Marx-
Regierung in Preußen Sturm zu laufen, ohne daß es
selbst im Reich gegen die Luther-Regierung in der
gleichen Weise vorzugehen würde.

Die Stärke der Rechten gegenüber der Weimarer Ko-
alition beruht einzig und allein darauf, daß die erste in Ver-
folgung ihrer strapellosen Machtansprüche sich nicht die ge-
ringste Sorge darum macht, was aus Reich und
Staat werden soll, während die zweite ganz von dieser
Sorge beherrscht wird. Einen stolenden Babanquespieler
steht ein Partner gegenüber, der den Einsatz geradezu angst-
lich hütet, mit gutem Grund, wie ohne weiteres zugegeben
werden soll, denn es geht darum, das Staatswesen nicht neuen
Erschütterungen mit unabsehbaren Folgen auszusetzen. Aber
die Bewissenhaftigkeit, die sich der Gewissenlosigkeit von der
anderen Seite gegenüberstellt, darf nicht in Krisenangst aus-
arten und nicht in Auserachtlassung der alten Regel: „Wer
nicht wagt, der nicht gewinnt!“

Die neue Regierung soll, wie schon gemeldet, mit Aus-
nahme des Innenministeriums, das mit Severing besetzt
bleiben soll, von Mitgliedern des Zentrums und der Demo-
kratischen Partei gebildet werden, und zwar stellt man sich
die Verteilung so vor, daß das Zentrum neben dem Minister-
präsidenten das Justizministerium, das Wohlf-
ahrts- und das Landwirtschaftsministerium,
die Demokratische Partei das Handels- und das Kultus-
ministerium erhalten soll. Für das Kultusministerium
wird der bisherige Staatssekretär Becker genannt, das
Zentrum soll einen Staatssekretär in diesem Ministerium er-
halten. Außerdem kämen nach diesem Plan Neubefetzungen
im Handels- und im Landwirtschaftsministerium in Betracht,
über die noch nichts feststeht.

Die Wahl des Landtagspräsidenten ergab in
der Stichwahl den Sieg des bisherigen Präsidenten Genossen
Bartels über den Deutschnationalen v. Kries mit 215
gegen 182 Stimmen.

Präsident Bartels eröffnete die gestrige Landtags-
sitzung um 2 30 Uhr und spricht den Abgeordneten Dr. am Zehnhoß (S.)
und Dr. v. Campe (Dp.), die heute ihren 70. bzw. 65. Geburtstag
feiern, die Glückwünsche des Hauses aus. Die Mäße der beiden Ab-
geordneten sind mit Blumensträußen geschmückt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung legt Abg. Kuttner (Soj.)
schärfste Verwahrung ein gegen den Vorwurf der Ver-
leumdung, der ihm in der vorigen Sitzung von den Kommunisten
gemacht worden ist. (Die Kommunisten antworten mit dem Ruf:
„Arbeiternörder!“) Abg. Kuttner stellt weiter fest, daß der kommuni-
stische Abgeordnete Paul Hoffmann wegen Ausnutzung eines
minderjährigen Mädchens zu Nacharbeit in seinem Lokal zu 150 M.
Geldstrafe verurteilt worden ist. (Großer Lärm der Kommunisten
und erneute Rufe: „Arbeiternörder!“)

Gegen die sofortige Behandlung zahlreicher kommuni-
stischer Dringlichkeitsanträge, die u. a. die Auf-
lösung des Landtags fordern, wird Widerspruch erhoben, so daß
sie damit zunächst erledigt sind. Die Kommunisten antworten mit
lebhaftem Lärm und Hui-Rufen.

Die Ministerpräsidentenwahl.

Das Haus tritt darauf in die Tagesordnung ein. Es erfolgt zu-
nächst die Wahl des Ministerpräsidenten, die durch
Zettel vorgenommen wird. Das Zentrum, die Sozialdemokraten und
die Demokraten stimmen für Marx (S.), die Deutschnationalen und
die Deutsche Volkspartei für Dr. v. Richter (Dp.). Die Haltung
der Wirtschaftlichen Vereinigung einschließlich der zu ihr gehörenden
lechs Bällen war bis zum letzten Augenblick noch zweifelhaft. Die
Kommunisten treten für Pies (Komm.) ein.

Der Namensaufruf nimmt längere Zeit in Anspruch.
Während der Abstimmung wird bekannt, daß die Wirt-
schaftliche Vereinigung in ihrem Fraktionsführer Ladendorff einen eigenen Kandidaten benennt und für diesen stimmen wird.
Sollte es zu einem zweiten Wahlgang kommen, so wird die Wirt-
schaftliche Vereinigung weiße Zettel abgeben.

Die Nationalsozialistische Freiheitspartei
stimmt im ersten Wahlgang gleichfalls für ihren eigenen Kandidaten
Dr. Körner; bei einem zweiten Wahlgang wird sie für Herrn
v. Richter stimmen.

Um 3 15 Uhr verkündet Präsident Bartels das Ergebnis der
Ministerpräsidentenwahl. Es wurden abgegeben insgesamt 444 Stim-
mzettel. Das Haus zählt 450 Abgeordnete, so daß nur sechs fehler-
hafte, unbeschriebene, war ein Stimmzettel. Die absolute Mehrheit
beträgt also 222.

Es haben erhalten Marx (S.) 219, Dr. v. Richter (Dp.)
153, Pies (Komm.) 43, Ladendorff (Wirtsch.) 16, Dr. Körner (Natsoj.)
11, Dr. v. Campe (Dp.) 1.

Es muß also Stichwahl zwischen Marx und Dr. v. Richter
stattfinden. Die Abstimmung nimmt sofort ihren Anfang.

Bei der Stichwahl wurden abgegeben 445 Stimmen. Unbeschrie-
ben waren 17 Zettel. 43 Stimmzettel waren ungültig. Es er-
hielten Marx 223 Stimmen, Dr. v. Richter 162 Stimmen.
Reichskanzler a. D. Marx ist damit also zum Preussischen
Ministerpräsidenten gewählt.

Die Wahl des Landtagspräsidenten.

Es erfolgte dann die Wahl des Landtagspräsidenten. Die Sozial-
demokraten, das Zentrum und die Demokraten stimmen wieder für
Bartels (Soj.).

Das Ergebnis der Wahl ist folgendes: Abgegeben wurden
443 Stimmzettel, der Landtag ist also beschlußfähig. Unbeschrieben
vier Stimmzettel, ungültig einer. Von den übrigen 438 Stimmzetteln
beträgt die Mehrheit 220. Es entfielen auf

- Abg. Bartels 216 Stimmen,
Abg. Dr. v. Kries . . . 179 Stimmen,
Abg. Pies 43 Stimmen.

Es ergibt sich daraus, daß Stichwahl erforderlich ist zwischen
Bartels und Dr. v. Kries.

Das Haus nimmt die Wahl sofort vor.

Das Ergebnis ist das folgende:
Abgegeben wurden 441 Stimmen, unbeschrieben waren 4, un-
gültig 40 Stimmzettel. Von den 397 gültigen Stimmzetteln beträgt
die absolute Mehrheit 199. Es erhielten:

- Bartels (Soj.) 215 Stimmen,
Dr. v. Kries (Dnat.) . . 182 Stimmen.

Bartels ist somit gewählt.

Bartels nimmt die Wahl an und übernimmt den Vorsitz.

Hierauf werden in einem Wahlgang auf Antrag Windster (Dnat.)
durch Zureuf die bisherigen Vizepräsidenten, Dr. v. Kries,
Dr. Borjoh und Garnich, in ihrem Amte bestätigt.

Die Tagesordnung ist erledigt. Ein kommunistischer Antrag auf
sofortige Beratung der kommunistischen Amnestieanträge scheitert an
Widerspruch.

Das Haus vertagt sich auf Mittwoch, den 18. Februar, nach-
mittags 2 Uhr.

Auf der Tagesordnung soll neben kleinen Gegenständen die
Empfangnahme der Regierungserklärung stehen. In Ver-
bindung mit der Besprechung fernar der Antrag v. Campe über
die Auslegung des Artikels 45 der Verfassung über die Wahl des
Ministerpräsidenten. — Schluß 3 45 Uhr.

Die gestrige Abendausgabe des „Berliner Tageblatt“ und des
„8-Uhr-Abendblatt“ stellen es so dar, als ob der bisherige Landtags-
präsident Genosse Bartels von der sozialdemokratischen Fraktion
zur definitiven Wahl des Landtagspräsidenten erst dann als Kandidat
aufgestellt worden sei, als der bisherige Ministerpräsident Genosse
Otto Braun die Kandidatur für dieses Amt abgelehnt hätte. Wir
können dazu mitteilen, daß diese Darstellung vollkommen un-
begründet ist. Es war zwar einmal auch davon die Rede ge-
wesen, daß Otto Braun erst Landtagspräsident werden solle, wenn
er nicht wieder Ministerpräsident werde, aber die sozialdemokratische
Landtagsfraktion hat ebenso wenig wie Otto Braun selbst diese Mög-
lichkeit ernstlich ins Auge gefaßt. Die sozialdemokratische Land-
tagsfraktion hat vielmehr bereits vor fünf Tagen einstimmig be-
schlossen, Genossen Bartels wiederum als Landtagspräsidenten vor-
zuschlagen.

Spaltung der Nationalsozialisten.

Bremen, 10. Februar. (T.) In Verden fand eine Tagung
der Kreisverbände Verden, Rotenburg, Achim und des
Gaues Hannover-Süd der Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung
Großdeutschlands statt. Die Tagung hatte infolgedessen einen bedeut-
samen Charakter, als sich die Vertreter der gesamten Großverbände
von der Nationalsozialistischen Freiheitsbewe-
gung, der sie bislang angehört hatten, lösten und eine Kund-
gebung zu einem Treuegelübde für Adolf Hitler abgaben.

Die Zeugenfabrikanten schweigen.

Der Rechtspreffe fehlt die „Instruktion“.

Die Enthüllungen über den deutschnationalen Vertrauensmann Tschöke aus Kallmünz und seine Zeugschafferei gegen den Reichspräsidenten sind der sonst in „Enthüllungen“ so starken Rechtspreffe dermaßen peinlich, daß sie vor Schreck die Sprache verloren hat. Fast ohne Ausnahme schweigt sie wie das Grab!

Mit bloßem Ableugnen ist es hier nicht getan. Und da den Blättern des Schwerindustriellen Hugenberg sowohl wie den Organen der Volkspartei irgendeine Instruktion „von zuständiger Stelle“ fehlt, so sind sie völlig ratlos und verlegen sich auf die — Banzenantast.

Aber dieses Wandern wird ihnen nicht viel helfen. Die Tatsache, daß die „Hüter der nationalen Ehre“ jetzt schon zum drittenmal dabei ertrappt wurden, wie sie über die Subjekte zum Zeugenid gegen den Repräsentanten der Republik zu kapern suchten, wird nicht unterdrückt werden können. Und die „Moral“ der nationalen Großhüter wird noch mehr als einmal unter die kritische Lupe genommen werden.

Strefemann und der Sprit-Weber.

Der „tadellose Großhändler“ war längst vorbestraft!

Als im preussischen Untersuchungsausschuß zum erstenmal zur Sprache gebracht wurde, daß der jetzt verhaftete Sprit-Weber vor Jahresfrist mit einer warmen Empfehlung Dr. Strefemanns rennommierte, da ließ der jetzige Außenminister durch seinen Freund Pinkerneil im Ausschuß erklären, daß die Abschrift eines solchen Schreibens sich bei seinen Akten nicht befindet. Also kein Dementi, sondern der sehr vorsichtige Versuch eines Dementis unter Vorbehalt. Kategorischer war das Sprachrohr Strefemanns gegenüber der weiteren Behauptung Heilmanns, daß Weber durch Strefemann in den Volksparteilichen Klub eingeführt worden war. Hier wurde die Schuld auf Frau v. Oheimb abgewälzt, die man bei dieser Gelegenheit gewissermaßen als außerhalb der Volkspartei stehend hingestellt hatte. Aber diese Ableugnung erwies sich als unwahr: Nicht nur das „Berliner Tageblatt“ stellte fest, daß Strefemann ebenfalls als Webers Pate bei der Einführung in den Klub amtiert hatte, sondern auch Frau v. Oheimb setzte sich gegen den Verurteilungsvorschlag Pinkerneils zur Wehr und bestätigte die Angaben des „Berliner Tageblatts“.

Jetzt mußte die „Zeit“ die Sache zugeben, ebenso die geistlichen Zuwendungen für den Klub der Deutschen Volkspartei und für deren Organ, fügte jedoch hinzu:

„Es kommt doch schließlich darauf an, ob die betreffende Person in dem herangezogenen Zeitpunkt notariell belastet war. Herrn Webers Integrität war jedenfalls zur Zeit seines Eintritts in den Reichsklub nicht in Frage gestellt. Was er hinterher getan hat, dafür kann schließlich die Volkspartei nichts.“

Jetzt stellt sich aber heraus, daß auch diese Ausflüchte auf einer ganz falschen Voraussetzung beruhen. Weber war zur Zeit seiner Freundschaft mit Strefemann, seiner Mitgliedschaft bei der Volkspartei und seiner Zuwendungen an die „Zeit“ nicht nur notariell belastet, sondern sogar wegen Spritzhiebungen mehrfach in Berührung mit den Gerichten gekommen. Darüber erhalten wir nun zwei ganz verschiedenen Seiten übereinstimmende Angaben. In der einen Zuschrift heißt es:

Weber hat schon 1918/19 und 1920/21 wegen Brauereischließungen mit den Gerichten zu tun gehabt. Bei den 2 Eszgerischen Offenburger (Baden) und Schwäbisch-Hallischen Prozessen, in die Weber verwickelt war. In Offenburg ist er gleich im ersten Verfahren zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt worden. In der „Deutschen Demokratischen Zeitung“ ist Ende 1920 ein Artikel veröffentlicht worden, der deutlich auf den Schließungsprozeß Webers hinweist.

Die Konkurrenten.

Von Hans Bauer.

In einem Hausflur, drei Häuser von meiner Wohnung entfernt, steht seit Jahr und Tag eine alte Frau und verkauft das Obst der Jahreszeit. Ich kannte sie immer als das freundlichste Mütterchen, das zu jedermann von überfließender Liebenswürdigkeit war — und da habe ich sie nun gestern als wildes Weib, als Furie kennen gelernt. Den Anlaß zu solchem Gemütswechsel gab ihr die Beobachtung, daß eine halbe Straßensbreite von ihr entfernt ein Händler seinen Bogen aufgestellt hatte und eben die Früchte feilbot, die sie verkaufte. Das Mütterchen warf zuerst das Recht der älteren Ansprüche auf dieses Verkehrsgebiet in die Waagschale und beschloß es bei dem Ausschlag an den Konkurrenten, sich doch nicht an dieser unanständigen Stelle zu bemühen, wo sie schon graue, als aber ihre Worte nicht auf die Bereitschaft stießen, aus ihnen die Konsequenz zu ziehen, kam es zum offenen Kampf, der über die Verächtlichmachung der Güte der Ware des Straßenhändlers hinweg zu den schwersten Beschimpfungen gegen ihn und der Drohung führte, ihn vom Schutzmann abführen zu lassen, da er doch offenbar gar nicht berechtigt sei, hier mit seiner Ware zu handeln. Der Beseidigte, der ein armelig gekleideter, verhungert dreinschauender alter Mann war, sagte, daß man das ja nicht machen werde, ob sie ihn um seinen Erwerb bringen könnte, und sie sollte sich die Worte merken, die sie eben gebraucht habe. Er tue es auch. Dafür seien schließlich noch die Gerichte da, daß man sich nicht von jedem zugelaufenen Weibe alles gefallen zu lassen brauche.

Ich schaute die beiden an, die sich da in Haß und Feindschaft gegenüber standen, und voreinander ihre Zuspätkommen zum behördlichen Gerechtigkeitsapparat zu nehmen geneigt waren. Sie waren Schicksalsgefährten, Erbschaftsgenossen. Sie waren jenes ganz kleine Handelsvolk, dessen Herzengänglichkeit, dessen Hemmungen, dessen Fremdheit in der Welt der Spekulation es zu nichts hatten bringen lassen. Sie liebten am Feiern. Sie zitterten um das Brot für die nächste Woche, das die anderen . . . die anderen hatten, die sie sich als Kunden mißgönnten, die sie zum Richter gegen sich anriefen. Sie hatten nichts zu tun mit der Philosophie der Welt rings um sich; aber sie klammerten sich an ihre Besesse.

Ich weiß es nicht, wie der Streit der beiden endete, ob mit der Entziehung des Gemeinbesitzes oder mit der Beseidigungsfrage oder mit beidem. Ich weiß nur, daß er in jedem Falle mit der Festigung einer Weltordnung endigte, die die beiden zum lebenslänglichen Kleinverkauf von Obst verurteilt hatte.

Seltene Verirrungen. In Niedergangzeiten steigt der ganze Bodensatz der Weltgeschichte, der unter der dünnen Kulturschicht verborsten lag, wie ein Schlammmeer empord. Die Korruptionen und Verdrüßlichkeiten, zu denen aller Übergläubigen längst geworden, werden wieder lebendig und gewinnen zahllose Gläubige. Be-

Die „Zeit“ hatte mit ungewöhnlicher Dreistigkeit in ihrem Rechtfertigungsversuch hinzugefügt:

„Ganz anders liegt dagegen die Sache in der Angelegenheit Barmat-S.B.D. Ein Parallelfall ist hier niemals konstruierbar.“

Ganz unsere Meinung: Im Fall Barmat lagen vor der Verhaftung lediglich unbewiesene und zurückgenommene Verdächtigungen vor, dagegen die besten Empfehlungen nicht nur aus führenden holländischen Parteikreisen, sondern auch in geschäftlicher Hinsicht. Und es ist heute noch nicht möglich, von amtlicher Seite positio zu erfahren, wessen die Barmats beschuldigt sind.

Von Weber dagegen hätten Strefemann und seine volksparteilichen Freunde mit Leichtigkeit erfahren können, daß er in führenden Kreisen seiner Branche als unsauber galt und daß sich die größten Firmen weigerten, mit ihm in geschäftliche Berührung zu treten. Es ist ihm jetzt nachgewiesen, daß er Falschhinterziehungen, Bestechungen und Schleichungen in ganz großem Maßstabe begangen hat. Außerdem ist er des Betruges, der Urkundenfälschung, der vorsätzlichen Brandstiftung und des Versicherungsschwinds dringend verdächtig.

In der Tat: Der Fall Weber-Volkspartei singt ganz anders!

Dr. Höfle verhaftet.

Eine Lokalkorrespondenz meldet:

Wie wir erfahren, ist Reichspostminister a. D. Dr. Höfle am Dienstag nachmittag gegen 5 1/2 Uhr, nachdem er zu einer Vernehmung bei Oberstaatsanwalt Dr. Linde bestellt worden war, im Gerichtsgebäude festgenommen worden. Ueber den Haftbefehl wird noch am Dienstagabend endgültig entschieden werden.

Es verlautet, daß Oberstaatsanwalt Linde, der den Komplex Antiker-Barmat-Höfle-Depositen- und Handelsbank mit einem Stab von Staatsanwälten bearbeitet, noch am Dienstag mittag im Justizministerium eine längere Konferenz hatte, deren Ergebnis wohl war, daß man glaubte, zur Vermeidung der Verdunkelungsgefahr, Dr. Höfle vorläufig festnehmen zu lassen. Zu dieser Maßnahme haben einerseits wohl die Angaben Julius Barmats in den letzten Tagen beigetragen, der Dr. Höfle belastet hat, andererseits waren auch sonst Nachrichten über gewisse Privatgeschäfte Dr. Höfles, über Hauskäufe in Berlin bekannt geworden, die der Staatsanwaltschaft sehr verdächtig erschienen. Schließlich aber dürfte auch die Tatsache zu dem Vorgehen der Anklagebehörden wesentlich beigetragen haben, daß in Sachen der Depositen- und Handelsbank A.-G. Dr. Höfle nicht unwesentlich belastet erscheint, weil er bereits im Sommer vorigen Jahres von einem Aufsichtsratsmitglied der Depositen- und Handelsbank A.-G. darüber ins Bild gesetzt wurde, daß in der Bank sehr vieles saul sei und daß die Post unbedingt durchgreifen müsse. Trotz dieser Warnung habe Dr. Höfle es unterlassen, gegen die Post vorzugehen. Weiterhin ist auch die Tatsache auffällig, daß in einigen Kontoauszügen der Depositen- und Handelsbank Dr. Höfle mit Summen erscheint, die der näheren Klärung bedürfen.

Tannenzapf und Staatsanwalt.

Ein Dieb als „große Persönlichkeit“.

Die B.-S.-Korrespondenz verbreitet folgende von einer den Brüdern Barmat naheliegender Seite stammende Mitteilung:

In einem Berliner Börsenblatt sind in der letzten Zeit Nachrichten über die Gebrüder Barmat und den Barmat-Konzern erschienen. Es ist bereits die Vermutung ausgesprochen worden, daß ein entlassener Angestellter der Wertur-Bank, ein gewisser Tannenzapf, der Urheber dieser Verleumdungen ist und sich das Material in Holland in unklarer Weise besorgt hat.

Es war nun bekannt geworden, daß Tannenzapf wiederum nach Holland gefahren war, offenbar in der Absicht, weiteres Material zu holen. Er traf am Dienstag früh 8 Uhr auf dem Bahnhof Zoologischer Garten aus Amsterdam ein und ist auf An-

zeige der Frau Julius Barmats wegen des Verdachts der Urkundenfälschung und Befeldigung und zur Sicherstellung von Beweismitteln von dem zuständigen Kriminalbeamten festgenommen worden. Der Beamte führte Tannenzapf in ein Nebenzimmer und teilte nach Rücksprache mit dem Festgenommenen der Frau Barmat mit, daß T. anscheinend kein Material bei sich trüge. Der Beamte bezog sich dann in das Nebenzimmer zu Tannenzapf zurück und Frau Barmat und deren Begleiter hörten nur, wie mit der Staatsanwaltschaft telefoniert wurde, wobei auch der Name Tannenzapf Erwähnung fand. Tannenzapf hatte den Beamten gegenüber erklärt, daß er im amtlichen Auftrage nach Holland gefahren sei, um sich Material zu besorgen. Der Beamte kam nach Beendigung des Telefongesprächs wieder aus dem Nebenzimmer und erklärte der Frau Barmat, Tannenzapf scheine eine große Persönlichkeit zu sein, da er sich auf seine Beziehungen zu den Staatsanwälten berufe. Frau Barmat verlangte nun, daß der Kriminalbeamte die Dokumente, die Tannenzapf bei sich habe, beschlagnahmen solle, worauf ihr jedoch erwidert wurde, Tannenzapf hätte keine Dokumente bei sich. Dieser Sachverhalt ist von den Rechtsanwälten Bahn, Davidsohn, Kros und Schwertens dem Untersuchungsrichter, Landgerichtsrat Rothmann sofort mit dem Auftrage unterbreitet worden, unverzüglich bei Tannenzapf und in der „Berliner Börsenzeitung“ Hausdurchsuchungen abhalten zu lassen.

Diese Darstellung ist so eigentümlich, daß sie dringend einer amtlichen Aufklärung bedarf. Tannenzapf ist zugestandenmaßen der Gewährungsmann der „Börsenzeitung“. Daß er sich sein Material zusammengekauft hat, ist nicht zu bezweifeln. Wenn die obige Version zutrifft, dann hätte die Staatsanwaltschaft einem Dieb zu seiner Freiheit und zu seiner Beute verholfen. Das ist aber beinahe zu undenkbar. Ebenso undenkbar ist es, daß Tannenzapf gar im Auftrage der Staatsanwaltschaft seine Eigentumsdelikte begangen hätte. Was ist also eigentlich vorgefallen und welches Spiel wird hier getrieben?

Barmats Staatszugehörigkeit.

BTB teilt mit: Gestern wurde vom niederländischen Konsulat in Berlin Herrn Justus (Seddo) Barmat in Berlin amtlich mitgeteilt, daß die Feierzeit von ihm als Gebühr für seine beantragte Naturalisierung als Holländer hinterlegten Geldbeiträge wieder zu seiner Verfügung ständen, nachdem sein Naturalisierungsgesuch früher abgewiesen sei.

Zum Fall Bauer.

Ausschlussantrag.

Der engere Bezirksvorstand der Berliner Parteiorganisation hat in seiner Sitzung vom 10. Februar zum Fall Bauer folgenden Beschluß gefaßt, den er dem erweiterten Vorstand zur Annahme empfehlen wird:

Der engere Bezirksvorstand ist der Ueberzeugung, daß das Verhalten des Genossen Bauer gegenüber der Partei einen so schweren Vertrauensbruch darstellt, daß die Voraussetzungen des § 28 des Organisationsstatuts gegeben sind. Er hält deshalb die weitere Zugehörigkeit des Genossen Gustav Bauer zur Partei für unmöglich.

Ein Abtrünniger. Die gesamte bürgerliche Presse ohne Unterschied der Partei ist in der Lage, mitzuteilen, daß Dr. August Müller aus der Partei ausgestiegen sei, weil die Partei ihm nicht schnell genug andere Parteigenossen ausgeschlossen habe! Müller beruft sich darauf, daß er seit seinem 20. Lebensjahre der Sozialdemokratie angehört habe, jetzt ginge es jedoch nicht mehr. Tatsächlich waren die Beziehungen August Müllers zur Sozialdemokratie seit Jahren mehr als lose. Wir erinnern daran, daß er bei der Gründung des Sinnesblattes „DWS“ als dessen Mitredakteur tätig war, daß er seit langem hauptsächlich Mitarbeiter bürgerlicher Blätter ist und mit der Partei fast keine Fühlung hatte. Daß er seinen Austritt der Welt wie ein Ereignis mitteilen läßt, zeugt von einer Selbstentwürdigung, die in schroffem Widerspruch zu der Tatsache steht, daß er in einem Augenblick die Partei verläßt, da die ganze Schlammschlacht deutschnationaler Verleumdungen gegen sie gewälzt wird.

wissenlose Ausbeuter spekulieren auf die durch die Erschütterungen der Zeit wankend gewordenen Gemüter und vollführen einen Heranzug der Dummheit und des Blödsinns, der beispiellos ist. Die Presse ist berufen, diesen Drogen mit der Fackel der Aufklärung entgegenzutreten. Auf eine höchst seltsame Weise über dieses hohe Amt zwei Blätter aus, die sich im Weikamp um die Gunst der Abendleser befinden: das „S. U. H. Abendblatt“ und die Nachtausgabe des „Tag“.

Das „S. U. H. Abendblatt“ hat entschieden den Vorprung. Was es an kulturgeschichtlichen Offenbarungen über die Bettwälder und noch intimere Gebrauchsgegenstände z. B. der Habsburger und der großen Mätressen in Jahr und Tag geleistet hat, das wiegt leicht eine für bessere Kreise parfümierte Schundliteratur auf. Dieses Wühlen im pikanten Dreck — natürlich unter psychologischem Aushängeschild — jag schließlich nicht mehr. Jetzt ist man bei stärkeren „Indiskretionen der Weltgeschichte“ angelangt und traktiert augenblicklich „Das Ende der Hegenverfolgungen“. Dieser historische Anschauungssturz über menschliche Entartung und Sektismus wird durch hübsche Bildchen illustriert. So wird Dienstagabend „Die Fälschung einer Hege“ nach einem alten Stich abgebildet. So was muß der gebildete Leser von heute in der Zeitung finden, sonst ist sie ihm nicht — penetrant genug. (Nach Abschluß dieser Serie kommt vielleicht das Tagebuch eines Lustmörders an die Reihe.)

Der „Tag“ will nicht nachsehen. Er läßt „Seltene Kriminalfälle“ behandeln. Der berühmte Fall des Jean Galas ist in der Mode. Im 18. Jahrhundert war er der Ausonospunkt eines glänzenden Turniers gegen den Justizmord. Voltaire, der Sieger im Kampf gegen menschliche Borniertheit und fanatische Intoleranz, erhebt leuchtend vor unseren Augen. Aber dem „Tag“ ist ein Bild „auf dem Stredbreit“ wohl wichtiger, das eine Frotteergemeinde darstellt.

Die Lustfärer haben die Bräutigamen und Gemeinheiten ihrer Zeit unter Einsatz ihrer Person bis aufs Messer bekämpft. Die Zeitungen von heute nützen den Sieg, um mit diesen Büßseln ihre Leser — aufzuklären.

Die Rettung der Polarstadt Romo. Nach in New York eingetroffener funktentelegraphischer Meldung dürfen die Bewohner von Romo, dem der an der Nordküste des Arctonkundes in Alaska gelegenen, durch einen breiten Schnee- und Eiswall von jedem Verkehr mit der zivilisierten Welt abgeschnittenen Eiländchen, das durch eine Diphterieepidemie von völliger Aussterben bedroht war, heute als gerettet gelten. Der einzige noch in der Stadt befindliche Arzt hatte fortgesetzt funktentelegraphisch Hilfe ersucht, weil er bei dem Mangel an Serum sich jedes Mittels deraubt sah, die Seuche zu bekämpfen. Auf diese Hilfe ersuchte sich zwei Pelzjäger namens Joe und Kaffon, Westler aus Indianer- und Eskimoblut, das tollkühne Wagnis unternommen, auf ihren Hundeschlitten der unglücklichen Stadt zu Hilfe zu kommen. Bei diesem Wetrennen mit dem Tode ist nun Sumner Kaffon als Erster auf seinem mit Diphterie Serum beladenen und von 13 Hunden gezogenen Schlitten in Romo eingetroffen. Bei einer Temperatur von 40 Grad unter Null hatte der wagemutige Pelzjäger trotz der Schneestürme einen Weg von 1000 Kilometer quer durch schneebedeckte, vereiste Steppen

und Wälder in genau 127 Stunden zurückgelegt. Alle noch gefundenen Bewohner von Romo waren in Schlitten dem Heiden entgegengefahren. Kaffon ist heute der Held des Tages; aber bescheiden lehnt er alle Huldigungen ab und schreibt das Gelingen des Unternehmens ausschließlich dem Beihund Ballo seines sibirischen Hundegepans zu. Von dem Verbleib seines Stimmesgenossen Joe fehlt jede Nachricht.

Einen anderen heldenhaften Versuch, der Stadt Rettung zu bringen, unternahm der Flieger Roy Darling, derselbe, der dazu ausersehen war, mit Amundsen von Spitzbergen aus den Nordpol zu überfliegen. Trotz dem Abtreten der amerikanischen Militärfliegerstation war er in Anchorose an der Küste des Stillen Ozeans aufgestiegen, und es war ihm auch geglückt, bis zu dem an der Küste des Berings-Reers gelegenen Stadt St. Michel vorzubringen, das nur noch etwa 140 Kilometer von Romo entfernt ist. Hier wurde sein Motor zum Stillstand gebracht. Darling konnte aber wieder aufsteigen und ist inzwischen ebenfalls in Romo eingetroffen.

Ueber postkoloniale Ethik sprach im Monistenbund Prof. Dr. Behold. Der Vortragende ermahnt auf der Grundlage der postkolonialen Philosophie die Relativität jedes Sittengesetzes gegenüber der kantischen absoluten Ethik. Das Sittengesetz sei eine Norm, die aus der Gemeinschaft, der jedes Individuum angehört, als organische (biologische) Notwendigkeit hervorgehe und sich in dem Maße ändere, als sich die Struktur dieser Gemeinschaft verändere. Der ethische Bestand menschlicher Lebensformen ist nur durch die „Gemeinschaft“ garantiert, diese umgekehrt ist abhängig von der Verbindlichkeit des Sittengesetzes, wieweil letzteres nichts weiter bedeutet als die Erhaltungsbedingungen der Gemeinschaft. Mit dem Austritt aus der Gemeinschaft fallen die gegenseitigen ethischen Verpflichtungen. Aus diesen Grundthesen wurden dann die Konsequenzen für das Verhältnis der Individuen, Völker und Staaten zueinander abgeleitet.

Die weiche Kunst, ein Skizzenbuch der Berg- und Sporthilfe, zu Freiburg i. Br., wird vom 16. bis 22. Februar, abends 8 Uhr, in der Urania, Lindenstr. 49/50, vorgeführt. Es zeigt ausführlich die Technik des Skilaufens und bringt Aufnahmen von der Schönheit des wälderreichen Gebirges im Riesberg- und Romo-Rosa-Gebiet.

Der Edda-Forscher Hans Gering ist in Kiel im 78. Lebensjahre gestorben. Als Germanist hat er sich überaus verdient um die altgermanische Literatur befähigt und eine der zuverlässigsten und lehrbarsten Edda-Uebersetzungen besorgt.

Heinrich Lersch, der durch seine Kriegslieder berühmt gewordene Arbeiterdichter, hat lange gelitten. In seinem demnächst erscheinenden Buche „Reich im Eien, Gelänge von Volk und Welt“ (Deutsche Verlagsanstalt) gehalten der Dichter in großen Worten das germalende Verfall unserer Zeit und zugleich den Retter aus der Not: den Neuen Menschen.

Kurzkristallenerziehung in den Frankfurter Berufs-Schulen. Die Industrie- und Handelskammer Frankfurt a. M. hat an den dortigen Realgymnasien das Erziehen gerichtet, mit Beginn des nächsten Schuljahres in allen Berufsschulen und sonstigen Lehramtsstellen Unterricht in der Einheitskurzkristallenerziehung zu lassen.

Calemens Tagebuch. Eine Veröffentlichung von Kutschgen aus dem Tagebuch des kaiserlichen Freiheitskämpfers Roger Calement wurde kürzlich in Londoner Buchhandel angeündigt. Die englische Regierung aber hat sofort Maßnahmen zur Unterdrückung dieser Schrift ergriffen und das Tagebuch beschlagnahmt, das sich jetzt im Besitz des Innenministeriums befindet.

Sechs Jahre Reichspräsident.

11. Februar 1919 - 1925.

Mit dem heutigen Tage vollenden sich sechs Jahre, seit die Nationalversammlung in Weimar die Wahl des ersten Reichspräsidenten der Deutschen Republik vollzogen hat. Es wurden damals 379 Stimmzettel abgegeben, von denen 277 auf Friedrich Ebert lauteten und 49 auf Posa-domsky, 51 Zettel waren unbeschrieben, zwei Stimmen waren zerstückelt. In der Rede, mit der er die Annahme der Wahl erklärte, sagte Genosse Ebert u. a.:

Ich will und werde als Beauftragter des ganzen deutschen Volkes handeln, nicht als Vorkämpfer einer einzigen Partei. Ich bekenne aber, daß ich ein Sohn des Arbeiterstandes bin, aufgewachsen in der Gedankenwelt des Sozialismus, und daß ich weder meine Herkunft noch meine Überzeugung jemals zu verleugnen gedenke.

Nun hat Genosse Ebert sein Amt sechs Jahre lang inne. Man kann wohl sagen, daß noch selten in der Geschichte auf die Schultern eines Mannes eine so schwere Aufgabe gelegt worden ist. Härteste Bedrängnis von außen, tiefste Erschütterung im Innern, soziale Kälte, drohender Zerfall, das waren die Zeichen, unter denen Ebert sein Amt antrat. Es kam die Enschärfung über Oberschlesien, das Londoner Ultimatum, der Ruhrkampf, es kamen die Putsch von links, die Putsch von rechts, die politischen Morde, der Separatismus im Westen und in Bayern, es kamen Hungerkrawalle und Inflation. Aber die Republik blieb, das Reich hielt zusammen, der Druck von außen ließ nach, es befestigte sich die Ordnung im Innern. Und wenn auch die Gefahren noch immer groß sind, so ist doch die Hoffnung auf eine bessere Zukunft wieder erwacht.

Eberts Aufgabe war es, zu verhindern, daß die Krisen zu Katastrophen wurden. Ueber die Mittel, die dazu anzuwenden waren, konnte man verschiedener Meinung sein. Der Präsident war in seinen Handlungen durch den Willen wechselnder Regierungen konstitutionell beschränkt. Seine Stellung war einzigartig und ohne Vorbild, ihr Inhaber konnte weder auf Gewohnheitsrecht noch auf Erfahrungen der Vorgänger zurückgreifen. Jede Tradition fehlte, es mußte alles neu geschaffen werden. Das ging nun nicht so, daß alle damit hätten zufrieden sein können, das versteht sich von selbst.

Aber dennoch gebietet die Gerechtigkeit zu sagen: Dieser Sohn des Arbeiterstandes, dieser Sozialdemokrat, hat sich in der bedeutungsvollen geschichtlichen Rolle, die ihm zugefallen war, bewährt. Daß wir durch alle Krisen hindurchkamen, ohne daß der Reichszerfall eintrat und ein sinnloser volksvernichtender Kampf aller gegen alle ausbrach, ist in hohem Grade ein Verdienst. Dieses Verdienst wird nicht nur in unserer Partei, sondern auch in allen republikanisch denkenden bürgerlichen Kreisen und ganz besonders im Auslande anerkannt. Ebert hat durch seine Persönlichkeit mehr dazu getan, um das Ansehen des deutschen Volkes im Auslande wiederherzustellen als alle nationalistischen Wähler von „Ansehen und Würde“.

Ein Sohn des Arbeiterstandes, ein Sozialdemokrat als erfolgreicher Staatsmann und als allgemein geachtete Persönlichkeit — das ist etwas, was die Rechte nicht ertragen kann, es bedeutet die Vernichtung aller Voraussetzungen ihrer Politik. Kein Wunder, daß Ebert für sie kein Staatsmann von Rang, kein Ehrenmann sein darf. Kein Wunder, daß sie in der Form des schmutzigsten Verleumdungsleidens, den die Geschichte kennt, ihre Vorberreitungen zur Reichspräsidentenwahl betreibt, die im Mai dieses Jahres durch Volkswahl erfolgen soll.

Der 11. Februar mahnt uns an diesen Schicksalstag. An ihm wird es sich entscheiden, ob sich das deutsche Volk als reif zur Selbstregierung erweist oder ob es durch die Wahl eines Unwürdigen sich selbst verliert.

Luther in München.

Verächtlichung föderalistischer Wünsche „ohne besondere Verfassungänderung“.

München, 10. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Am Dienstag Mittag traf Reichskanzler Luther in München ein, wo er am Bahnhof von dem Ministerpräsidenten Held, dem bayerischen Gesandten in Berlin und von einem Vertreter des erkrankten Reichsgesandten in München empfangen wurde. Unmittelbar darauf begab sich der Kanzler in das Ministerium des Äußern, wo ihm sämtliche Minister und Staatsräte vorgestellt wurden. Hierauf fand in der ehemaligen Kammer der Reichsräte eine Begründung des Kanzlers durch den Landtag statt, wobei dessen Präsident u. a. erklärte:

Wir erblicken in dem Besuch des Reichskanzlers in erster Linie eine Anerkennung der verfassungsmäßigen Rechte des bayerischen Parlaments. Wir vom Landtag vertreten die Auffassung, daß unter weitgehender Anerkennung der staatspolitischen Rechte der Länder Eingriffe der Reichsgewalt in die historisch gewachsenen Aufgaben der Länder, in die Verwaltung, Rechtspflege und kulturellen Belange nach Möglichkeit unterbleiben sollen. Wir sind ferner der Auffassung, wenn eine Wiedergewinnung unserer bayerischen Wirtschaft möglich sein soll, daß dann nach der eigenartigen wirtschaftlichen Struktur unseres engeren Vaterlandes es notwendig ist, daß die furchtbare Kreditnot der Landwirtschaft beseitigt wird.

In seiner Erwiderung erklärte Reichskanzler Luther, daß er auf das Eigenleben der Länder als einen geschichtlich gewordenen Grundpfeiler des Deutschen Reiches großes Gewicht lege und sich bemühe, in der praktischen Arbeit die Bestrebungen der Länderregierungen zur Lösung gemeinsamer Aufgaben mit der Reichsregierung mit allen Kräften zu unterstützen. Er wisse sehr wohl die Tatsache zu würdigen, daß auf der einen Seite die Vertretung des deutschen Volkes im Reichstag und in den Volksvertretungen der Länder liege. Auf der anderen Seite müsse aber auch die Tatsache beachtet werden, daß auch die Volksvertretungen der Länder ihre Gesamtarbeit so einstellen, daß Volk und Vaterland in seiner Gesamtheit, also dem ganzen Deutschen Reich, gebietet sei.

Anschließend fand ein Empfang des Reichskanzlers durch die Münchener und auswärtige Presse und hierauf eine Begründung durch die bayerischen Behörden im Rathaus statt. Dann folgte der Reichskanzler einer Einladung des Ministerpräsidenten zu einer privaten Aussprache, in der man sich über die spezifisch bayerischen Wünsche zur Ausgestaltung der Selbständigkeitsrechte der Länder beschäftigte. Im Mittelpunkt dieser Unterredung stand naturgemäß die bekannte Denkschrift der bayerischen Regierung zur Revision der Weimarer Verfassung.

Der Kanzler machte dem Ministerpräsidenten Held dabei eine Reihe von Vorschlägen, wie den Wünschen Bayerns ohne besondere Verfassungsänderung Rechnung getragen werden könnte. Der Kanzler wies auch darauf hin, daß der Reichstag schon

in kurzer Zeit in eine Prüfung der verfassungsrechtlichen Wünsche der Länder eintreten werde.

Abends fand in der Dienstwohnung des Ministerpräsidenten ein Empfang der führenden Persönlichkeiten in der Politik und Wirtschaft statt. Am Mittwoch früh reist der Kanzler weiter nach Stuttgart.

Aufhebung des bayerischen Ausnahmezustandes.

München, 10. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der Ministerrat hat sich am Dienstag mit der endgültigen Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern befaßt und beschlossen, dem Landtag in den nächsten Tagen eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten. Auf Grund dieser Vorlage, die der Landtag zu verabschieden hat, werden mit sofortiger Wirkung aufgehoben die Verbote der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und der Kommunistischen Partei, ferner die Verbote des Bundes „Oberland“ und der „Reichstrübschlag“. Gleichzeitig werden auch die Verordnungen außer Kraft gesetzt, die bei der Errichtung des Generalstaatskommissariats erlassen worden sind und die sich auf Schusswaffen, Standrecht und Streikrecht beziehen; bestehen bleibt lediglich die Verordnung zum Schutze der Jugend, die sich gegen die kommunistische Agitation in den Schulen richtet; das Versammlungsrecht wird infolgedessen eingeschränkt bleiben, als alle Versammlungen unter freiem Himmel verboten bleiben. Die Versammlungen in geschlossenen Räumen sind nicht mehr genehmigungspflichtig, dagegen sind die Plakate, die derartige Versammlungen ankündigen, der Polizei auch in Zukunft zur Genehmigung vorzulegen.

Die Gelder der „Hifa“.

Eine Erklärung Dr. Becker im Reichstag.

Der volksparteiliche Vertrauensmann der Schwerindustrie und Wirtschaftsminister im Cuno-Kabinett, Dr. Becker, hat gestern im Reichstag vor Eintritt in die Tagesordnung eine lange Verteidigungsrede gehalten, in der er seine Mitwirkung an der Unterstützung der Ruhrindustrie durch die „Hifa“, die Hilfskasse beim Wirtschaftsministerium, in Abrede stellte. Becker behauptet u. a.:

Als es sich während des Ruhrkampfes als notwendig erwies, auch kleineren und mittleren Unternehmungen mit Krediten beizuhelfen, bemühte man der Einfachheit halber die schon bestehende Organisation der „Hifa“. Die Großindustrie war schon wegen Beschränkung dieser Mittel von vornherein ausgeschlossen, sie hat sie mit Ausnahme eines Falles nicht benutzt. Die Entscheidung über die Gewährung von Mitteln der „Hifa“ stand auch nicht dem Reichswirtschaftsministerium, sondern einer Kommission zu, zu der das Ministerium nur ein Mitglied entsandte. Nachdem ich 1918 als bester Finanzminister auswich, glaubte ich, in meinem Alter noch nicht von meinem Ruhestand leben zu sollen, und ich war dann im Vorstand der Rheinischen Stahlwerke. Als ich dann in das Kabinett Cuno eintrat, löste ich selbstverständlich dieses Verhältnis, das einzige, das mich mit der Schwerindustrie verbunden hat. Während meiner Amtszeit habe ich mit dieser Industrie weiter keine Verbindungen unterhalten, als mit allen übrigen Kreisen der Wirtschaft.

Weiter sprach Becker über die ihm gemachten Vorwürfe wegen der Grundlagen der Kredite. Die offizielle Begründung hat bereits festgestellt, daß Papiergeld nur zu Anfang gegeben wurde, der Rest teils in Papier, teils in Goldberechnung. Die Oberlastigkeit der Behauptungen des Berliner Tageblatt ergibt sich aus der weiteren Behauptung, ich sei im Februar und März 1923 so optimistisch gewesen zu glauben, die Mark werde bei dem damaligen Dollarkurs auf achttausend bis zehntausend Mark stehen. Damals stand aber der Dollarkurs tatsächlich nicht auf zehntausend, sondern zwischen einunddreißigtausend und siebenundvierzigtausend und sein niedrigerer Stand war in jener Zeit überhaupt nicht absehbar.

Beckers: Das Berliner Tageblatt behauptet, die „Hifa“ habe den Ruhrindustriellen direkt Kredite zugeführt und der größte Teil der Industriellen hätte davon ausgiebig Gebrauch gemacht, besonders die Westdeutsche Gruppe der Großindustrie. Im ganzen seien es etwa über hundert Industrielle gewesen. Diese Behauptung ist mit Ausnahme eines einzigen Falles völlig aus der Luft gegriffen. Die Genannten haben niemals einen Pfennig aus der „Hifa“ erhalten. Wohl aber ist es dem Vertreter eines Werkes in Düsseldorf, der Firma Dobrowolki, gelungen, die Kommission zur Vergabe eines größeren Betrages zu bewegen, unter der Behauptung, er müsse lauffähig machen andere Tages seine Betriebe sperren und Arbeiter entlassen; andererseits sei ihm Hilfe vom Ministerium bereits zugeflossen. Darauf habe ich, als ich vom Referenten des Wirtschaftsministeriums davon die erste Kenntnis erhielt, sofort angeordnet, daß der Betrag zurückgefordert werde und eine eingehende Untersuchung angestellt werde, ob nicht eine Vorspiegelung des Kreditnehmers vorliege und strafrechtlich gegen ihn vorzugehen sei. (Hört! hört! rechts.) Die Rückzahlung ist demnach erfolgt. Die Untersuchung wurde von dem Staatsanwaltschaftsamt fortgeführt, wurde aber lange nach meinem Ausscheiden aus dem Reichswirtschaftsministerium eingestellt.

Fünftens: Das Berliner Tageblatt nennt die Namen der betreffenden Referenten im Reichswirtschaftsministerium. Beide Herren sind von mir beim Eintritt in das Ministerium von meinem Vorgänger, dem sozialdemokratischen Kollegen Schmidt, übernommen worden. Die Objektivität des einen wird wohl auch das Berliner Tageblatt nicht bestreiten, wenn ich hier ohne jede Nebenabsicht feststelle, daß er der Sozialdemokratischen Partei angehört.

Sechstens: Wenn das Berliner Tageblatt behauptet, es dürfte sich um mehr als zehntausend Goldmillionen handeln, so genügt es, auf die offizielle Feststellung hinzuweisen, daß der Ausschuss zur Unterstützung der Industrie überhaupt nur zur Ausgabe von zweihundert Goldmillionen ermächtigt war, von denen nur zehn Goldmillionen verwendet worden sind. Also der zweihundertste Teil dessen, was das Berliner Tageblatt behauptet hat.

Ich kann mich auf diese tatsächlichen Feststellungen beschränken und das Urteil darüber, wie leichtfertig das Berliner Tageblatt mit den Tatsachen und Zahlen umgesprungen ist, diesen Hause und allen Anhängern außerhalb dieses Hauses überlassen. Vielleicht darf ich noch darauf hinweisen, daß eine anständige Presse in diesen Zeiten sich gewiß nicht dazu hergeben wird, dem Ausland Kampfmaterial zu liefern (Große Unruhe und Erregung links. Lebhaftige Zustimmung rechts.) Und daß man nicht an dem höchsten rühren darf, was ein parteipolitischer Gegner besitzt, nämlich an seiner persönlichen Ehre!

Im Reichstag hat diese „vor der Tagesordnung“ abgegebene Erklärung des gewesenen Wirtschaftsministers nicht sofort besprochen werden können. Sie geht deshalb in den Parlamentsberichten als „unwidersprochen“ ins Land. Daß sie dadurch richtiger und gewichtiger werde, muß allerdings bezweifelt werden.

Denn wenn es auch richtig ist, daß der „Ausschuss zur Unterstützung der Industrie“ etwamäßig nur zur Ausgabe von zweihundert Goldmillionen berechtigt war, so sind bekanntlich während des Ruhrkampfes so viele Geldmittel ohne Rücksicht auf irgendeinen Etat an die Ruhr geflossen, daß die ganze deutsche Währung dadurch ruiniert wurde. Im übrigen werden die Zahlen des Herrn Becker doch sicher vom Berliner Tage-

blatt noch nachgeprüft und mit den Wirklichkeiten verglichen werden.

Der Appell Beckers an die „anständige Presse“ ist von der rechten Seite des Reichstags mit lebhaftem Beifall aufgenommen worden. Ob dieser Beifall bei der Rechtsprelle allerdings Beifall findet, wagen wir zu bezweifeln, denn vom „Tag“ bis zur „Kreuzzeitung“ und vom Agrarierblatt bis zum Clah-Organ wetteifert sie in dem Bestreben, sich nicht als im Sinne Beckers „anständig“ zu erweisen. Seit Monaten besteht ihr einziges erkennbares Bestreben darin, durch „Enthüllungen“ dem Ausland Material gegen die Republik zu liefern und „an dem Höchsten zu rühren, was ein politischer Gegner besitzt, nämlich an seiner persönlichen Ehre“.

Freilich: diese politischen Gegner sind Sozialdemokraten und Republikaner! Wir haben nicht gehört, daß Herr Becker und seine Freunde Einspruch gegen deren Verleumdung erhoben hätten.

Die Debatte in Grenoble.

Verurteilung der letzten Rede Herrriots.

Grenoble, 10. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Auf dem sozialistischen Parteitag sprach für die Minderheit Zyromski, der, ohne die Politik der Unterstützung grundsätzlich zu bekämpfen, der Fraktion den Vorwurf machte, daß sie zu weit gegangen sei, indem sie ein organisches Element der Regierungsmehrheit geworden sei und mit der Regierung durch die und dann gehe; diese Politik werde dadurch zu einer Politik der direkten Zusammenarbeit. Man müsse endlich den Mut haben, sich zu entscheiden zwischen dieser Politik und der Politik des Klassenkampfes, die das A und O aller sozialistischen Lehren bilde. Nach Bonnesou, der ebenfalls Kritik an der Parlamentsfraktion übte, griff

Leon Blum

in die Debatte ein: Die Fraktion sei lediglich ein Exekutivorgan der Partei. Man habe ihr den doppelten Vorwurf gemacht, einmal daß sie zu weit nach rechts gegangen sei, dann aber, daß die positiven Ergebnisse ihrer Politik unzulänglich gewesen seien. Das Paradoxe der Politik der Unterstützung sei, daß sie um so weniger nach außen in Erscheinung trete, je wirksamer sie sei. Die Partei müsse unabweisend sagen, was sie nun eigentlich wolle. Die Fraktion müsse endlich wissen, was man von ihr verlange. Er sei unbedingt für die Fortsetzung der bisherigen Politik, vor allem, weil das Land einen Wechsel der Politik ohne triftigen Grund wahrscheinlich nicht begreifen würde. Die Fraktion brauche sich jeden Tag von neuem, wie weit sie in ihren Zuständigkeiten gehen dürfe. In der gleichen Richtung bewegten sich die Ausführungen Faures und Compère-Morels. Der Beifall, den diese drei Redner fanden, zeigte, daß die Gegner der Fraktionspolitik in verschwindender Minderheit sind.

Am Dienstagvormittag führte der Parteitag diese Aussprache zu Ende. Jean Longuet warnte die Fraktion davor, den Klassenkampfcharakter der Partei zu verlieren. Wenn er Herrriot auch nicht mit Poincaré vergleiche, so biete doch die Außenpolitik der gegenwärtigen Regierung und insbesondere

die letzte Rede des Ministerpräsidenten

Utiag zu schärferer Kritik. Jedenfalls sei es ungeheuerlich, den Rhein als für die Erhaltung des Friedens notwendige Grenze zu bezeichnen. Longuet schloß mit der Erklärung, daß er unter der Bedingung mit der vorgeschlagenen Entscheidung einverstanden sei, daß diese wirklich den Ausdruck der verschiedenen Strömungen bilde. Drouot und Grumbach traten für die Fraktionspolitik ein und polemisierten gegen die Behauptung der Minderheit, die Partei sei von ihren Prinzipien abgewichen. Dumoulin, der ehemalige Sekretär des Gewerkschaftsbundes, bezeichnete die letzte Rede Herrriots als im höchsten Grade gefährlich, da sie die Erfolge der Politik von London und Genf endgültig zu kompromittieren drohe. Er sprach sich aber für uneingeschränkte Fortsetzung der bisherigen Politik aus.

Bracke

Der Führer der Opposition, sagte dann noch einmal alle gegen die Haltung der Fraktion geltend gemachten Argumente zusammen, gab aber zugleich in glänzenden Ausführungen der Auffassung Ausdruck, daß von einer Preisgabe der Unterstützungspolitik unter keinen Umständen die Rede sein könne. Die Fraktion müsse sich nur hüten, in allzu große Abhängigkeit von den anderen Parteien der Mehrheit zu geraten. Auch Bracke trat dafür ein, daß sich der Parteitag auf eine einheitliche Entscheidung über die allgemeine Politik einige. — Am Dienstagnachmittag begann die Aussprache über die bei den bevorstehenden Gemeindevahlen anzuschlagende Taktik.

Kolonien statt Bargeld!

Brüssel, 10. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Belgische Blätter lassen sich aus Paris melden, daß dort augenblicklich ernsthaft die Möglichkeit erwogen und erörtert werde, die französischen Kriegsschulden an England und Amerika durch Abtretung gewisser französischer Kolonien zu begleichen. Dabei sollen in Betracht kommen für die Abtretung an England die Hebriden und Neu-Kaledonien nebst den umliegenden Inseln, an die Vereinigten Staaten die französischen Antillen, ferner Tahiti, sowie die Gesellschafts- und Marquesen-Inseln. Zwar sträube sich noch die öffentliche Meinung Frankreichs sowie die Regierung dagegen, aber die Strömung, die diesen Vorschlag für distastabel halte, wachse, zumal Frankreich bei dem großen strategischen Wert dieser Kolonien für die angelsächsischen Mächte einen großen Preis fordern könnte. Außerdem gelte die finanzielle Lage Frankreichs eine derartige Lösung, denn die genannten Kolonien liefen ohnehin Gefahr, unter die Kontrolle der Gläubigerstaaten zu gelangen, da Frankreich ohne Aufnahme von neuen Anleihen diese Kolonien kaum weiterhin verwalten könne.

Zusammenstöße in Prag.

Prag, 10. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Kommunistische Partei hatte für heute Abend auf dem Altstädter Ring eine Demonstrationssammlung gegen die Teuerung abberufen. An der Versammlung nahmen mehrere tausend Personen teil. Es kam hierauf in der Stadt, besonders auf dem Wenzelsplatz, zu Zusammenstößen mit der Polizei, die gegen die Menge vorging. Der offizielle Polizeibericht sagt, daß gegen die Polizei Kieselsteine geworfen worden seien. Darauf gab die Polizei eine Revolverpatrone gegen die Menge ab; fünf Personen wurden verletzt, darunter sollen drei Schwerverletzte sein. Auch einige Polizeibeamte wurden durch Schüsse verletzt. Die Zusammenrottungen dauerten längere Zeit, die Polizei ging wiederholt gegen die Menge vor. Gegen 10 Uhr abends erschien Gendarmerte, die den Platz räumte. In der ganzen Stadt herrschte große Aufregung, besonders in der Bevölkerung der Arbeiterviertel. Die Stimmung ist sehr gereizt, zumal morgen sich das Parlament mit der Teuerung beschäftigen soll, bis jetzt aber noch nichts über Absichten der Regierung gegen die Teuerung und den Hunger bekannt ist.

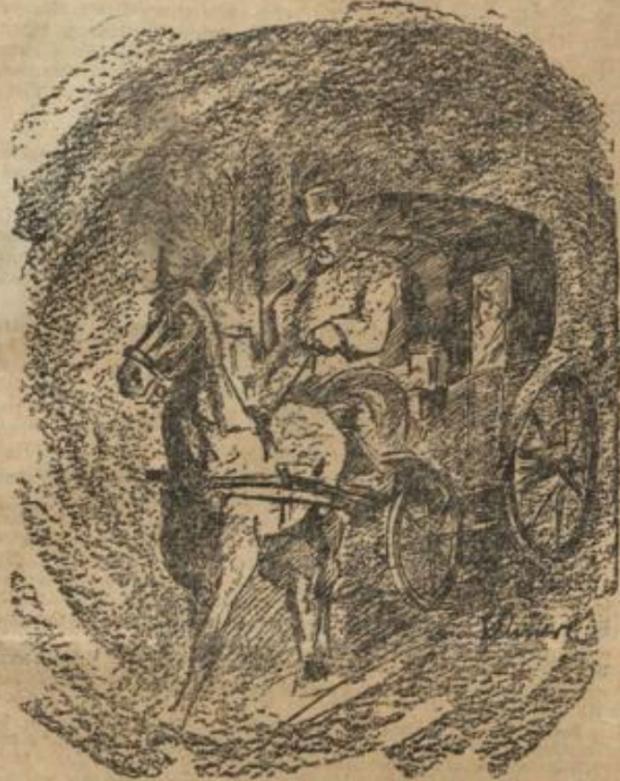
Obersteigen statt Hilfe. Der Finanzausschuss des Völkerbundes hat auf die dringendsten Hilfegesuche der deutsch-österreichischen Regierung abgelehnt — Wirtschaft und Industrie sind am Ende! — eine Entschädigung gefordert, die in geschäftigen Ausdrücken die (drückend harte) Durchführung der Sanierung und die Regierung, tabeln. In Deutschösterreich herrscht große Erregung, unsere Genossen fordern, daß der Hauptausschuss des Nationalrats sich von der Abordnung Bericht erstatten lassen.

Das sterbende Pferd und die fliehende Droschke.

Wir leben bekanntlich in der Zeit der Schnelligkeitsrevolte. Die Erde wird immer kleiner. In der gleichen Zeit, in der man heute nach Neudöln und Potsdam gelangt, fährt man übermorgen nach Dresden und Paris. Zeit ist Geld, d. h. die Zeit wird immer knapper und das Geld auch. Im gleichen Maße, wie sich die Verkehrstechnik den Erdball erobert, schwinden Romantik und Gemütlichkeit und damit manches uns Liebgewordene und Altbekannte. Unsere Ur-entel, die an Stelle der Ausrüstung mit Schiefertafel und Fiebel mit Schnell Schreibmaschine und Fernseher zur Schule pilgern dürften, werden sicherlich Petroleumlampen, Rädizopf und hoffentlich auch Stahlhelm, Hand- und Gasgranaten nur noch aus den Erzählungen der ganz alten Leute kennen. Ein Beruf, der auf dem Aussterbestat steht, ist der des Droschkentuschers. Es bedeutet keine Prophezeiung mehr, vorauszusagen, daß in wenigen Jahren die mit dem Straßenbild des alten Berlin untrennbar verbundene Pferde-droschke völlig dem Auto gewichen sein wird.

Der Anfang vom Ende der Pferdedroschke.

Der Niedergang der Pferdedroschke, der sich schon im schwachen Maße vor dem Kriege bemerkbar gemacht hatte, setzte während der Kriegsjahre und besonders in der darauffolgenden Inflationszeit in immer stärker werdendem Maße ein. Die meisten kleinen Unternehmer von drei bis vier Gespannen sehen sich, nachdem sie



Nachtfahrt in der „Liebesschaukel“.

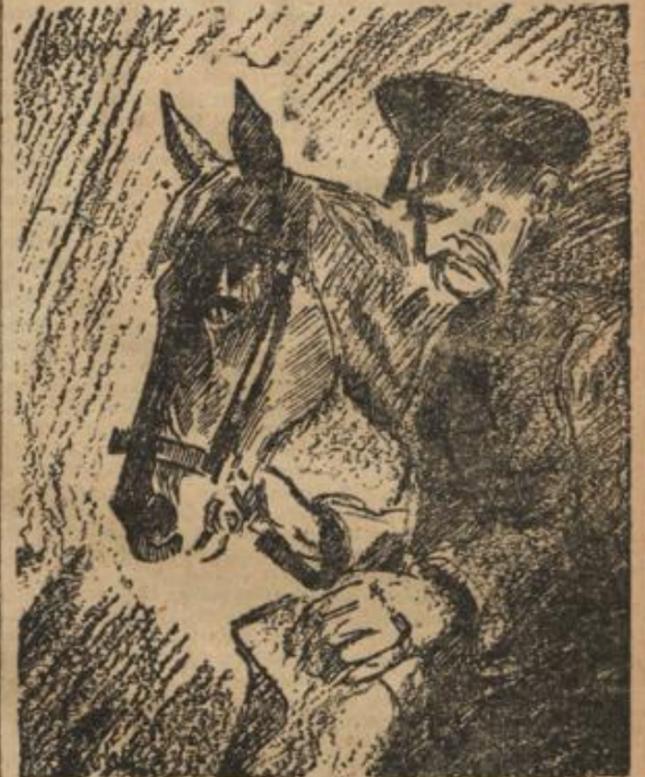
eines nach dem anderen aufgeben mußten und sich noch eine Zeitlang als „Einspänner“ durchgeschlagen hatten, gezwungen, bei einem Unternehmer als Lohnempfänger einzutreten. Die größte Zahl aller Taxameterkutscher dürfte heute im Dienst der Großbetriebe stehen. Ein Großunternehmer beschäftigt oft fünfzig, achtzig, ja hundert Kutscher mit dem dazu gehörigen Pferde- und Wagen-

material. Die Unterhaltskosten für die Pferde, namentlich die Miete für die Stallungen verringern sich dabei wesentlich. Auch doch heutzutage ein „Einspänner“ für Stall und Remise monatlich 20 bis 50 M. zahlen. Was das bedeutet, kann man ersehen, wenn man weiß, daß er im Sommer durchschnittlich 4 bis 5, im Winter sogar nur 3 bis 4 M. Tageseinnahme erzielt. Selbstverständlich kommen besonders glückliche Tage mit zehn Mark, aber auch besonders schwarze mit einer Mark und selbst mit gar keinem Gewinn vor. Meistens ist jedoch immer eine dringende Reparatur oder Verschönerung vorzunehmen, die den Uberschuss wieder auffrischt. Die Kutscher der Großbetriebe erhalten fast durchweg eine Entlohnung von 50 Pfg. pro Tag und 30 Proz. der Einnahmen. Das bei einer täglichen Dienstleistung von 12 bis 13 Stunden. Mehrere Selbstmorde von Droschkentuschern in der letzten Zeit beweisen erschütternd die furchtbare Not in den Reihen dieses sterbenden Berufes. — Wie ein alter Seebär mit seinem Schiff, so ist der Droschkentüscher mit Pferd und Wagen eng ver wachsen und beider Wohlergehen liegt ihm genau so am Herzen, wie sein eigenes. Wie sich zwischen zwei Leuten, die miteinander leben, im Laufe der Jahre oft eine gewisse Zehnigkeit herausbildet, gerade so läßt sich oft genug viel Gemütv verwandtes zwischen dem treuen, gedulden Pferd und seinem alten Herrn entdecken. Das Pferd tauzte der selbständige Kutscher auf den Pferdewärtern. In den meisten Fällen hat das Tier einst bessere Tage gesehen. Vor dem Kriege waren es vielfach aus den Kavallerieregimentern ausgeschiedene Pferde, ferner heute wie damals ausgebildete Kutscher und Reispferde aus Privatbesitz. Doch auch manches edle Vollblut machte den langen Pensionsweg von Kartshorst und Grünwald bis zum Taxameter durch. Sehr schwer gewöhnt sich das neu erworbene Tier an das stundenlange Stehen auf dem harten Plaster an den Halteplätzen. Sehnenlähmungen machen es oft schon nach kurzer Zeit unbrauchbar. Es wandert dann zum Pferdehändler zurück, der es „auf neu“ herrichtet, aber in schlimmen Fällen zum Rohschlächter. Diesen letzten Weg muß es auch im rumpelnden Transportwagen antreten, wenn die steifen Beine auf dem vereisten Asphalt den Dienst verlagert haben und das arme Tier mit einem Beinbruch liegen bleibt.

Droschkentüscher-Latein.

Solch ein alter Droschkentüscher — es gibt sechzig- und siebzig-jährige unter ihnen, die auf eine 30- bis 40jährige Berufstätigkeit zurückblicken können — kann viel erzählen. Jetzt ist allerdings sein Kundenkreis ein sehr beschränkter, das Auto läuft ihm überall den Rang ab. Seine treuesten Anhänger sind die alten Damen am Tage und die jungen Leute in der Nacht. „Um Gottes willen nicht zu schnell und zu unvorsichtig fahren!“ ist immer die ziemlich überflüssige Mahnung des alten Weibchens. Um keinen Preis der Welt würde sich solch eine Alte in ein Auto setzen, bei dessen Rollen man schon vom bloßen Zugenden Herz klopfen bekommt. Die seligen Vörschen wählen immer die dunkelsten, unbelehtesten Straßen für ihre nächtlichen Spazier- und Heimfahrten. Im abendlichen Tiergarten sieht man nicht selten ganze Prozessionen von Droschken im gemächlichen Jotteltrab dahinziehen. Küstern klingen aus den Wagen, die der Volksmund treffend „Liebeschaukeln“ getauft hat. Zu den alltäglichen Vorfällen im Dasein eines Droschkentuschers gehört es, daß ihn ein Fahrgast um die Tage prellen will. Das geschieht nämlich so, indem der seine Ehrenmann lautlos während der Fahrt den Wagen verläßt, oder dem Kutscher, an Ziel, die gevollte Faust vor das Gesicht hält, entrüstet über die Zumutung, von ihm „für der hiesigen Schändel und noch Platten“ haben zu wollen. Gerner pflegen alkoholgeränzte Zeitgenossen gern das Innere des Wagens zu bemerken, wenn ihr Wagen revoltiert. Ist kein Schupo in der Nähe, muß der Kutscher im guten Verstand, eine Einigung über die Reinigungskosten herzustellen. Ein besonders ergötzliches Händchen wuppte mir einer meiner Freunde, der seit Jahr und Tag mit seiner Liehe nebst ziemlich antiker Droschke vor dem „Anhalter“ wartet, zu berichten. Ein wohlbelehtes und in Pelz geülltes Ehepaar wollte keine vier Zentner Lebensgewicht nach Hause gefahren haben. Als sie sich in Trab und los geht es. Untermwegs geraten sich nun die beiden Ehegatten gewaltig in die Haare. Sowie der Alte auf dem Bod davon verstanden hatte, handelte es sich um eine schlante Raib, von der der Gatte begeistert war. Als seine bessere Ehehälfte das peinliche Thema absolut nicht abbrechen wollte, packte

der zärtliche Gatte seine Frau und warf sie in voller Fahrt aus dem Wagen. Aus Solidaritätsgefühl verfolgte der Kutscher seine Mähre in die schnellste Gangart, um dem Bereich der fluchenden Dame zu entfliehen.



Der Alte beim Füttern.

Das sind so einige kleine Freuden und Beobachtungen aus dem Leben der Droschkentüscher. Reißt nimmt er so das Leben mit Galgenhumor, wie es gerade kommt, aber dann kommen mit dem höheren Alter und dem sinkenden Verdienst jene trüben Stimmungen unter dem Eindruck gönzlicher Verlassenheit, die zu dem raschen Abschluß eines Lebens von Not und Entbehrung führen. Es ist die Tragödie eines sterbenden Berufes.

Ihr „Pech“.

Als ein Opfer ihres Rechtschleissinnes suchten sich zwei Angeklagte, Lorenz und Heinrich, die wegen Kollidiebstahls sich vor dem Schöffengericht Mitte zu verantworten hatten, hinzustellen. Beide waren abgelehrt worden, als sie ein Iobeben von einem Wagen gestohlenen Stofftüll in eine Droschke schaffen wollten. Auf der Polizei hatten sie sich in Schweigen geßüllt und wollten erst vor dem Richter sprechen. Das taten sie denn auch. Lorenz wünschte dem Gericht einen kleinen Roman auf. In der Heiligen-Geist-Strasse sei vor ihnen ein Mann gelaufen, der ein Kollid auf dem Rücken hatte. „Halt, das müsse ein Dieb sein.“ hätten sie sich gedacht, und moralische Entrüstung hätte sie erfasst. Sie hätten es als ihre Pflicht betrachtet, das Verbrechen zu verhindern. Als der Dieb das Kollid einen Augenblick in einer Haustür ablenkte, hätten sie sich desselben bemächtigt und seien gerade im Begriff gewesen, damit zum Polizeipräsidium zu fahren, um es gegen eine Belohnung abzuliefern. Da habe man sie gefasst, und das sei ihr Pech. Landgerichtsdirektor Gahl hielt Lorenz vor, daß er bereits achtzehnmal wegen Kollidiebstahls verurteilt sei, sein Rom-

Der Apfel der Elisabeth Hoff.

18] Von Wilhelm Hegeler.

Hätte sein Benehmen eine scharfe Veränderung erfahren, so wäre Elisabeth ohne Zweifel argwöhnisch geworden. Sein Nichtbegreifen ihrer werdenden Zärtlichkeit hatte sie tief verletzt und brannte um so schmerzlicher, als der Stachel ihres gedemütigten Stolzes in die unbefriedigte Ballung ihres Blutes getaucht war. Aber nun rächte sich der etwas bequeme und lässige Egoismus seiner früheren Jahre. Sein Benehmen erschien ihr als eine rückwärtslose Steigerung alter Gewohnheiten.

Trotzdem hätte sich ihre unterdrückte Empfindung wahrscheinlich entladen, wenn ihr Leben in dem ruhigen Selbster des Besten weiter verlaufen wäre. Nun aber war, ohne daß sie es wußte, auch in ihr eine Veränderung vorgegangen. Nach der einstönigen Zeit der Mühsal und Pflicht trat in ihr Dasein unermutet die Freude und ließ aus ihrer etwas abgestumpften Gleichgültigkeit unermutet ein neues Lebensgefühl hervorbülhen.

Büßlich war dieser Jugendfreund in ihr Haus geweht worden. In der Tat, seine unermutete Ankunft glich dem Angerufenwerden eines Bestrandeten. Nicht seine Worte, aber seine Gesten waren die eines Schiffbrüchigen, der sagt: „Ich bin am Ende. Hilf mir!“ Welch eine lössliche Aufgabe für eine Frau einem Manne gegenüber, der ihr nicht gleichgültig ist! Daß sein Umgang ihr überdies großes Vergnügen bereite, gestand sie sich offen ein, wenn sie sich auch nicht klar machte, wie viel Verwandtes in ihrer beiden Wesen lag.

Ihr Mann hatte für Scherz nicht viel Verständnis, und Phantasie war nicht die Kraft, die seine Unterhaltung beflügelte. Er betrachtete das Leben vor allem vom Standpunkt seiner Wissenschaft, und jedes Paradox lag fernab von der Bahn seiner ruhig abwägenden Denkart. In der Unterhaltung mit ihm war Elisabeth meist die aufmerksamste Zuhörerin, und was sie selbst äußerte, war unbewußt gezügelt durch die Achtung vor dem korrigierenden Lehrer.

Kosel aber war ein Spieler auch mit Worten. Der eigenen Stimmung stets nachgebend, fing er auch die des anderen mit seinem Gefühl auf und stellte sein Segel danach. Es kam ihm nicht darauf an, schwarz zu nennen, was er vor einem Niemand weiß genannt hatte. Dem Vertreter der Konsequenz hätte er geantwortet, nicht die Ansichten verraten den originellen Mensch, sondern die Farbe und der Ton, den er ihnen

gibt, die Kraft, mit der er sie vertritt. Er war der offenerzigste Mensch, und gerade das öffnete ihm auch des anderen Herz. Was Elisabeth auch an ihm störte, in der Unterhaltung mit ihm lebte sie auf, fühlte es in sich funkeln und sich selbst, auch wenn sie miteinander stritten, bestätigt. Sein Wesen war ebenso bunt wie das ihres Mannes von einer Farbe: dieser hatte eine gründliche Bildung, Kosel vielseitige Interessen. Sein Mangel an Takt verletzte sie manchmal, die herrische Art, mit der er auf seinem Willen bestand, verdroß sie. Wenn sie von ihrem Manne etwas erreichen wollte, gab es nur den klaren Weg der Ueberlegung, er sagte dann ja oder nein. Kosel war trotzig wie ein Kind, aber ebenso leicht wie bei einem Kind kam sie auf Umwegen zum Ziel. Und wenn eine Frau beherrscht sein will, bereitet es auch der harmlosesten Frau nicht ebensoviele Vergnügen, einen Mann zu lenken, ohne daß er es merkt?

Gegenüber diesem geistigen Wohlklang, den ihrer beider Zusammensein erzeugte, trieb sie hinsichtlich der körperlichen Wirkung, die sie auf den Freund ausübte, ein wenig Versteckspiel. Daß er sich mit ihrer Toilette beschäftigte, daß sie ihm gefiel, freute sie natürlich und schmeichelte ihr. Aber gegenüber dieser Laifache schlug sie, auch wenn sie allein war, gleichsam die Augen nieder. Sie putzte sich für ihn, während sie sich einredete, für einen bestimmten Zweck sich zu putzen. Und doch hatte auch dies an der Verfüngung ihres Lebensgefühls einen großen Anteil.

Die Gedanglegenheit hatte Kosel nicht wieder berührt, was Elisabeth sehr beruhigte, denn gerade jetzt fand sie die Gelegenheit zu einer gründlichen Aussprache mit ihrem Mann so wenig günstig wie möglich. Kosel wurde ein häufiger Gast in ihrem Hause, ohne deshalb häufig mit Hoff zusammenzukommen. Die beiden Männer gingen wie auf stillschweigende Verabredung einander aus dem Wege. Dagegen verband ihr die innigste Freundschaft mit den Kindern. Sie behandelten ihn gerade umgekehrt wie ihren Vater: ohne den geringsten Respekt aber mit desto größerer Zärtlichkeit. Die kleine Susi nahm ihm gegenüber sogar den Ton eines leise überlegenen Mitleids an, nachdem er ihr erzählt hatte, daß eine Frau ihn nur unter der Bedingung hätte heiraten wollen, daß er sich eine andere Nase ansetzen ließe. Häufig war Elisabeth auch mit ihm in Berlin zusammen, denn in ihrer Gesellschaft begann er der Stadt Geschmack abzugewinnen. Sie durchstöberten die Museen, die Anstaltions- und Antiquitätenläden, besuchten auch abends manchmal ein Theater oder ein Konzert. Aber Elisabeth vermied es, trotz seinen Bitten,

ihn hinterher in ein Restaurant zu begleiten. Sie fürchtete die Verführung der Umgebung, der Musik, des Weines. Die Geister, die am ersten Abend in ihr geirrt hatten, sollten nicht noch einmal geweckt werden. Sie hatte ihm gesagt, daß sie ihren Mann liebte, daß, wenn ihm an ihrer Freundschaft gelegen wäre, er die Vergangenheit ruhen lassen müsse. Er hatte es versprochen, doch hinderte das nicht, daß seine Leidenschaft ihm manchmal ent schlüpfte, wie blischnelle Fische durch die Maschen des Netzes. Dann züngelte wohl auch in ihr die Lust auf, sein Feuer zu schüren, indem sie es zu dämpfen schien. Aber die Nacht, die sie einstmal geliebt, hatte sich zu grausam gerächt, als daß sie sich nicht für immer fürchtete. Und sie hatte Kosel zu lieb, um mit ihm zu spielen.

Eines Abends waren sie im „Kauf“ gewesen. Erregt gingen sie durch die nächtlichen Straßen, in denen welches Frühlingsdunkel und gresse Ueberlagshelle eine unwirkliche Atmosphäre schufen. Lichtreklamen flammten und erklangen. Aus den Drehtüren der Kaffees schäumten Wellen von Musik. Heiße Parfüms wehten. Die Menge stieß sich, schwakte, lachte, glühte wie Kohlen auf einem Schüttelrost.

Elisabeth war im Innersten durchwühlt von der Gewalt der großen Schauspielerin, die das Gretchen gegeben. Ihre Kunst hatte gegipelt in der Szene, da Gretchen, im ersten Schauer der Liebe, ihre Kammer betritt. Meine Ruh ist hin... wie klang das in Elisabeth wieder als Nachklang eigener Mädchenwahrnis.

Kosel ging an ihrer Seite, den Kopf zwischen die Schultern gezogen, bald mit flackerndem Auge sie überblühend, bald blüdes vor sich hinstarrend, während die nagenden Lippen die Haare von einem Rundwinkel in den anderen schoben.

Etwas Wildes, rüttelte an ihm wie ein Tier an Gitterstäben. Sein ungekübtes Leben! Sein ungefüllter Glücks hunger! Und über ihm drohend: das schleichende Alter, der gespensternde Tod.

Abgerissene Worte ließen sie fragen, was er gesagt habe. „Diese Häuser!“ murmelte er. „Diese Kaninchenställe! Daß man damit sein Leben vergeudet hat!“ Büßlich blieb er stehen.

„Kommen Sie mit! Auf eine Stunde nur! Ich mag nicht in den Klub. Ich kann die Frauen nicht sehen.“ „Ich muß nach Haus.“

„Nach Haus!“ stieß er höhnisch hervor. Von den hinterher gemurmelt Worten verstand Elisabeth nur das eine: „Houster!“

(Fortsetzung folgt.)

... dreimal, und daß sie ja auch keinen Pfennig Geld bei sich gehabt hätten, um den Wagen zu bezahlen. Lorenz erhielt 13 Monate, Heinrich 10 Monate Gefängnis. Außerdem wurden beide Angeklagte wegen Angabe eines falschen Namens bei ihrer Festnahme zu weiteren vier Wochen Haft verurteilt.

Republikanische Reichswehr?

Wenn S. M. einen Nagel schießt...

Aus unserem Leserkreis wird uns geschrieben:

Sonnabendabend in der Sophienstraße. Gardetanz! Im großen Saal lebhaftes Treiben. Mitten im Saal eine große, schwarzweiße Fahne. Jemand eine schwarzweiße drapierte Rednertribüne. Obendrauf ein Grenadierhelm. Der Verein ehemaliger Kameraden des Garde-Grenadier-Regiments Nr. 5 will sein 20. Stiftungsfest feierlich begehen. „Hohe“ Persönlichkeiten haben ihr Erscheinen zugesagt. Außerdem meldet die Einladkarte n. a.: „Ragelung des von Seiner Majestät Kaiser Wilhelm II. gestifteten silbernen Fahnenjagers.“ Ungebildete nationale Männer mit Orden und Ehrenzeichen („verdient vor dem Feinde“) auf der Helmbreite können kaum noch den Beginn der Veranstaltung abwarten. Endlich, endlich „steigt“ der Anfang! Und nun geht's los: Die Sachverständigen werden aufgerufen und einige Garde-Grenadiere in Friedensuniform marschieren im Parade-schritt unter Beifallsclaque in den Saal. Lorin Trommler und Pfeifer, die noch der Reichswehr angehören sollen! Der Vorsitzende des Kameradenvereins ergreift das Wort zur Begrüßung. Er ist sichtlich erfreut, mitteilen zu können, daß „Seine königliche Hoheit, der Prinz Oskar“, unter den Gästen weilt. Nachdem er noch die gute alte Zeit schmelzt herbeigewünscht und den ehemaligen Regimentskommandeur sowie den Gründer des Vereins, einen Stadtrat (!) Schulz begrüßt hat, ergreift dann die angelegte „Königliche Hoheit“, Prinz Oskar, das Wort: „Im Namen meines Herrn Vaters, Seiner Majestät Wilhelm II., bin ich damit beauftragt, den silbernen Fahnenjäger zu überbringen.“ Bruns — und schon ist der Nagel im Fahnenstiel. Selbstverständlich gipfelt der Schluß seiner Rede darin, daß Wilhelm II. und die alte Zeit anrückzulehren müssen. (!) Auch für den Revanchekrieg hat er einige Worte übrig. Rezipitationen von einem angeblich republikanischen Reichswehrsoldaten aus Lichterfelde vorgetragen und stotternde Militärmärsche füllten das Programm weiter aus. Als um 1 Uhr nachts die „Königliche Hoheit“ das Gardetanzlokal verläßt, bilden die Anwesenden Spalier.

Somit die Mitteilung. Nun eine heischende Antizipation: Es soll eine Verfügung, herausgegeben vom Reichswehrministerium, bestehen, die Angehörigen der Reichswehr verbietet, in ihrer Uniform an Vereinsveranstaltungen aktiv mitzuwirken. Oder hat man eine Ausnahme gemacht, weil die „Königliche Hoheit“ dabei war? Es wäre ein Skandal, wenn die uns gemachten Mitteilungen über die Beteiligung von Reichswehrsoldaten von den zuständigen Stellen bestätigt werden müßten. Daß irgendeine ehemalige „Königliche Hoheit“ einige Blätter zum besten gibt, wird ihr niemand übersehen. Im Gegenteil, man lernt ihre geistige Größe einschätzen. Wenn aber Soldaten der Republik bei derartigen Gelegenheiten, sei es dienstlich oder außerdienstlich, mitwirken, so verleiht das die härteste Zurückweisung.

Ein Potsdamer Inserat.

In einer rechtsstehenden Potsdamer Zeitung prangt heute in großen Letztern folgendes Inserat:

Entwurf mit Bau-Massenberechnung, Oberleitung von Schiffen, Herrenhäusern, Stadt- und Landbauten jeder Art. Unentgeltliche Beratung in völkischen Fragen, besonders betreffend Kriegsgerechtigkeit, Heimat, Denkmal (Bejahung Guardianis!). Ausführung von gewöhnlichen Architektur- und Landschaftszeichnungen in Blei, Kohle usw. Annahme von Schülern und Schülerinnen für Zeichenunterricht. Briefanschrift: Potsdam, Friedrichstr. 17, Heinrich Hoffmeister, Diplomingenieur und Architekt.

Das Haus Friedrichstr. 17 gehört laut Potsdamer Adressbuch dem preussischen Finanzministerium. Leider entzieht es sich unserer Kenntnis, in welchem Verhältnis der vielfältige völkische Berater zu dieser preussischen Behörde steht.

Seltene Savannazigarren.

Ein gewerbsmäßiger Schwindler, der im August 1922 schon einmal sechsenmonatiges und eininhalb Jahre Gefängnis erhielt, wurde jetzt wegen ähnlicher Straftaten festgenommen. Der 45 Jahre alte frühere Köhler August Scheidecker verhoffte sich vor zwei Jahren ein paar Küstchen Importen, besuchte damit Geschäfte, denen er sich als Reisender einer neuen Zitrone vorstellte und bot angeblich in deren Auftrag beliebige Mengen seiner Ware an. Weil die Proben gut waren, so erhielt er auch Aufträge. Das Bestellte fand er durch einen Boten mit qualifizierter Rechnung, stets um die Mittagszeit, wenn der Laden voll war und die Geschäftskunde nicht gleich dazu kamen, die Sendung nachzusehen. Später entdeckten sie dann in den Küstchen statt der erwarteten Importen nur Sand, der stets mit Pferdedung gemischt war. Der Schwindler hatte damals das Pech, daß ihn sein Gedächtnis im Stich ließ. Er besuchte einen betrogenen Kunden zum zweiten Male, wurde festgenommen und zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt. Nach Verbüßung der Strafe trieb er sich wieder wohnungslos umher und kam auf einen neuen Trick. An der Zentralmarkthalle herumlungelnd, merkte er sich die Firmen der Geschäftswagen, hörte die Käufer nach Bezuhlungen zwischen Groß- und Kleinhändlern aus und zugleich nach Bestellungen und Lieferungen. So ließ er dann unter dem Namen eines Kunden bei Großhändlern durch einen Boten ohne Geld die bestellten Waren abholen und bei Kleinhändlern Beträge für Warenlieferungen einbringen. Auf diese Weise erhielt er Hüner, Butter, Wurst, Käse und andere gute Dinge, die in der Markthalle vertrieben werden. Er machte die Beute unter der Hand sofort zu Geld. Endlich erkannte die Kassiererin eines Geschäfts die Unterschleif auf einer Quittung als gefälscht. Man folgte heimlich dem Boten, der ahnungslos zu seinem Auftraggeber ging und ließ diesen festnehmen. Die Boten ließ sich Scheidecker von der Strafe auf. Sie mußten natürlich nicht, daß sie zu Betrügern mehrmals wurden.

Ein entprungener Raubmörder.

Im März 1919 wurde in Landsberg a. d. W. ein Kaufmann Eger ermordet und beraubt. Als Täter wurde ein jetzt 27 Jahre alter, aus der Nähe von Köln a. Rh. gebürtiger ehemaliger Bandwirt Arthur Sachs ermittelt und festgenommen. Er wurde vom Schwurgericht zum Tode verurteilt, aber zu Lebenslangem im Zuchthaus begnadigt. Als er im April 1922 vom Zuchthaus in Sonnenburg nach Ludau gebracht werden sollte, entsprach er unterwegs aus dem fahrenden Zuge. Wieder ergriffen, wurde er im Zuchthaus in Brandenburg untergebracht. Von dort ist er wieder entwichen. Man vermutet, daß er sich nach Berlin gemaht hat, um hier unterzutauchen. Sachs, der in der Anstaltskleidung entpung, wird wahrscheinlich versuchen, sich so bald als möglich irgendwo eine neue Kleidung zu verschaffen. Er hat am rechten Unterarm eine Schwerverletzung, Mittelungen, die dazu dienen können, seiner wieder habhaft zu werden, nimmt die Streifmannschaft B1 im Polizeipräsidium entgegen.

Der Kampf ums Käsebrot.

Ueber die Frage, wieviel eine Käsestulle in einem Sommerfest kosten darf, hatte das Potsdamer Amtsgericht zu entscheiden. Wegen Preisstreberei war die Inhaberin eines Strandlokals am Wannsee angeklagt. Die Angeklagte, deren Geschäft an einer Dampfkanalbrücke liegt, hat mit Hochweitem Beizuch der Gäste zu rechnen. Aus diesem Grunde hatte sie den Preis der belegten Brote mit Schinken, Braten und Käse durchschnittlich auf 80 Pfennig festgesetzt. Am Sommer vorigen Jahres verlangte ein Gast eine Käse-

stulle. Er war über den Preis empört, ließ mit der Stulle zum Kasi, und der Strafbefehl gegen die Gastwirtin blieb nicht aus. Die Angeklagte forderte vom Potsdamer Amtsgericht richterlichen Entscheld. Als stummer Sachverständiger war die Speisefarte aus dem Viktor-Bräu-Berlin herangezogen worden. „Ein Brot mit Käse 50 Pf., eine Portion Käse 60—75 Pf.“, las der Richter von der Speisefarte ab. „Na, Angeklagte, was sagen Sie nun?“ „Ach Gott, Herr Richter, ich habe doch meine Bratenstullen runtergesetzt, damit ich die Käsestullen erhöhen konnte, und dann, Herr Gerichtshof, die vielen Bestände, die mir die Gäste stehlen bei dem Andrang.“ Das Gutachten der Berliner Preisprüfungsstelle billigt den Sommerfestlokals höchstens 60 Pf. für eine Käsestulle zu. Ein Potsdamer Hotelwirt, der als Sachverständiger geladen war, balancierte den Preis für die Käsestulle auf den Preis zwischen 60 und 60 Pfennig. Der Anwalt beantragte Aufrechterhaltung des Strafbefehls, die Angeklagte, die durch den Verbandsmandat vertreten war, bat um Freisprechung. Das Gericht stellte sich auf den Standpunkt, daß die Festsetzung eines Durchschnittspreises in diesem Fall erlaubt gewesen sei, da Butterbrote gleichartige Gegenstände seien. Die Angeklagte wurde auf Staatskosten freigesprochen.

Auto und Straßenbahn.

Drei Verkehrsunfälle vor Gericht.

Durch eine rücksichtslose Wettfahrt zwischen einem Motorrad und einer Autobrosche war am 22. August am Bülowplatz der Buchdrucker Rosenthal ums Leben gekommen. Wegen fahrlässiger Tötung hatte sich jetzt der Kraftwagenfahrer Paul Bruns vor dem Schöffengericht zu verantworten.

Bruns kam mit seiner Dreiräder, in der zwei Fahrgäste saßen, daher, als ein Motorradfahrer scharf hinter ihm herfuhr. Der letztere suchte das Auto zu überholen, und zwar unvorschriftsmäßig rechts. Das wollte Bruns verhindern, und fuhr in erhöhtem Tempo weiter, wobei er nicht rechts abbiegen, um dem Motorrad die Vorfahrt abzugeben. Diesem gelang es aber, dicht vor dem Auto noch vorbeizukommen und der Autofahrer mußte, um sich vor einem Zusammenstoß zu retten, nochmals scharf nach rechts herumzulenken. Die Straße war, daß das Auto mit voller Wucht über den Bürgersteig fuhr und den gerade des Weges kommenden Rosenthal gegen die Wand schleuderte und zerquetschte. Der Motorradfahrer hatte sich unmittelbar, nachdem er durchgefahren war, umgekehrt und höflich mit der Hand auf die Stirn getippt. Dann war er, ohne sich um die Folgen seines Treibens zu kümmern, davongegangen und entkommen. Der Staatsanwalt war der Meinung, daß des rücksichtslose Fahren der Chauffeur schwer geahndet werden müsse und beantragte 1½ Jahre Gefängnis bei fortwährender Verbannung. Der Verteidiger vermittelte darauf, daß die Hauptschuld dem Motorradfahrer treffe, der vorschriftswidrig gefahren sei, und den Angeklagten geizungen habe, zu seiner eigenen Sicherheit sein Gefährt so scharf nach rechts herumzulenken. Das Gericht war der Ueberzeugung, daß derorts schnelles Fahren geahndet werden müsse. Strafmäßig für den Angeklagten sei, daß dem entkommenen Motorradfahrer die Hauptschuld treffe. Den Angeklagten treffe aber ebenfalls ein Verschulden, weil er in dem scharfen Tempo weitergefahren sei und nicht abgewartet habe, bis sich die Lage geklärt habe. Das Gericht verurteilte Bruns zu 6 Monaten Gefängnis wegen seines fahrlässigen Verhaltens und stellte ihm aber eine Bewährungsfrist in Aussicht.

Der Unfall eines Autos, eines sogenannten Phänomobils, bei dem mehrere Personen verletzt wurden, hatte ein gerichtliches Nachspiel gegen den Kraftwagenfahrer Nicolai vor dem Amtsgericht Mitte. Am 7. Juli v. J. war der Angeklagte auf einer Fahrt durch die Spandauer Straße. In der Ecke der Rathausstraße mußte er einem Wagen ausweichen, der rechts am Bürgersteig hielt. Da vor diesem Wagen noch ein Handwagen stand, konnte er nicht sofort wieder auf die rechte Seite abbiegen, sondern fuhr noch ein Stück auf den Strohhochschienen entlang. Hierbei geriet er mit dem Kade in die Schienen, das Fahrzeug hatte sich und stürzte gegen den Handwagen um. Dabei wurden der Führer des Handwagens, der Mitsfahrer und eine Person auf dem Bürgersteig verletzt. Nicolai hatte sich jetzt wegen fahrlässiger Körperverletzung zu verantworten. Die Verhandlung ergab, daß er nicht zu schnell gefahren war, und daß allein die schlechte Beschaffenheit der Schienen die Schuld an dem Unfall trage. Bei den Vernehmungen vor der Polizei hatten verschiedene Zeugen zum Ausdruck gebracht, daß der Fahrer betrunken gewesen sei. Unter ihrem Eid konnten die Zeugen das nicht aufrechterhalten und bestritten auf Befragen des Verteidigers ausdrücklich, daß sie derartige Angaben vor der Polizei gemacht hätten. Der Amtsrichter erklärte es für ein Schulbeispiel dafür, daß der Hauptwert auf die Auslagen vor Gericht zu legen sei. Das Gericht kam auf Grund der Beweisführung zu einer Freisprechung.

Der Zusammenstoß von zwei Straßenbahnzügen der Linie 96 auf der eingleisigen Strecke Süden-Sieglitz am 4. Oktober v. J. beschäftigte jetzt das Amtsgericht Tempelhof. Bei dem Zusammenstoß war eine erhebliche Anzahl von Personen zum Teil schwer verletzt worden. Wegen dieses Unfalles hatten sich der Fahrer Gärtner und der Schaffner Lindner meier zu verantworten. Die Hauptverhandlung ergab folgendes Bild: Sowohl am Bahnhof Süden als auch an der Kreuzung der Schulstraße auf der eingleisigen Strecke befanden sich Signalanlagen, die die Schaffner des Wagenzuges vor der Einfahrt zu bedienen haben. Die Einfahrt ist nur dann gestattet, wenn kein Lichtsignal zu sehen ist. In diesem Falle herrscht der Schaffner des einfahrenden Zuges in der Weise, daß er durch eine Schaltung auf der entgegengesetzten Seite ein rotes Licht zum Aufleuchten bringt, während an der Einfahrtstelle zugleich das grüne Licht aufleuchtet als Zeichen der freien Einfahrt. Infolge der Bauarbeiten waren in jener Zeit Verspätungen an der Tagesordnung. Auch am fraglichen Tage kam der Wagenzug mit Verspätung am Bahnhof Süden an. Zwei Minuten vorher war ihm ein Gegenzug begegnet. Der Schaffner des Berliner Zuges nahm an, daß es der Gegenzug sei und daß die Einfahrt frei wäre. Nach Besprechung mit dem Fahrer wurde dann auch die Einfahrt vorgenommen, ohne daß die rote Sperrlampe beachtet wurde. Sie wöhlen der Ansicht gewesen sein, daß der Schaffner des Gegenzuges vergessen hätte, die Strecke zu entsperren. Das erwies sich als ein verhängnisvoller Irrtum, denn die Strecke war kurz vorher von dem nachfolgenden Gegenzug schon gesperrt worden. So kam es, daß in einer unübersichtlichen Kurve hinter dem Bahnhof Süden zwei Straßenbahnzüge gegeneinanderprallten und großes Unheil anrichteten. Das Gericht erblickte in dem Verhalten der beiden Angeklagten eine

Das Rundfunkprogramm.

Mittwoch, den 11. Februar.

Außer dem üblichen Tagesprogramm: 3.30 Uhr nachm.: Die Funkprinzessin erzählt; Heidemärschen von Hermann Löns. 1. Lüttjemann und Pützgerinchen. 2. Der Wicht vom Heidegrab. 3. Puck Krahenfuß. (Die Funkprinzessin; Adelo Prossler). 4.30—6 Uhr abends: Unterhaltungsmusik (Berliner Funkkapelle). 6.40 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Abteilung Bildungskurse). Handel. Privathandelslehrer F. Fischer: Grundzüge des Wechselwesens. 2. Vortrag. „Wie stellt man einen Wechsel aus?“ 7.15 Uhr abends: Einführung zum Sendeispiel. 7.30 Uhr abends: Sendeispielbühne. Abteilung: Oper. Leitung: Cornelis Bronsgeest. IX. Veranstaltung: Martha, romantisch-komische Oper von Friedrich v. Flotow. Text nach dem Französischen von W. Friedrich. Für den Rundfunk bearbeitet von G. Bronsgeest. Dirigent: Dr. W. Buschhöcker. Lady Harriet Durham. Ehrendame der Königin; Violetta Schadow; Nanay, ihre Vertraute; Marie Schala-Daroburg; Lord Tristan Michelsford, ihr Vetter; Gerhard Pechner; Lyonel; Maximilian Wilinsky; Plumkett, ein reiches Pächter; Arnold Grove; Der Richter zu Richmond; Arthur Neudamm. Edellente, Jagdgesellschaft, Bauern, Dienstmagd. Die Handlung spielt auf dem Markt zu Richmond und auf dem Lande. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitsangabe, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theaterdienst.

Beherzigung gegenüber den Diensthoofschreibern. Mit Rücksicht darauf, daß es sich um sehr schwierige Verhältnisse handelte und daß beide Strophenbühnen im langjährigen Dienst noch kein Verschulden gehabt hatten, wurden ihnen mildernde Umstände zugunsten und so wurden zu je 100 Mark Geldstrafe verurteilt.

Die Berliner Fachmessen.

Heute kein Publikumstag.

Wie das Berliner Messamt mitteilt, muß der am Sonntag gefasste Beschluß, am kommenden Mittwoch, den 11. Februar, die Messehallen zur Besichtigung auch von Nichtfachleuten freizugeben, wieder rückgängig gemacht werden. Die Abhaltung dieses Publikumstages ist darauf zurückzuführen, daß der Andrang am Sonntag zu den Messehallen schon so stark war, daß das lebhaft einsehende Messegeschäft dadurch nicht unerheblich beeinträchtigt wurde und die Hallen teilweise wegen Ueberfüllung geschlossen werden mußten. Zudem macht die zur Verfügung stehende Zeit die Abhaltung des Publikumstages praktisch unmöglich. Die Zurücknahme des ursprünglich gefassten Beschlusses ist nicht zuletzt auch mit Rücksicht auf die Interessen des Einzelhandels erfolgt.

Zuchthaus für einen Wohnungschwindler.

Ein „erfolgreicher“ Wohnungsschieber hatte sich in der Person des vielfach vorbestraften James Groh vor dem Schöffengericht Mitte zu verantworten. Groh hat den Wohnungschwindler im größten Stille betrieben. Er schwindelte Wohnungssuchenden vor, daß er über ausgezeichnete Verbindungen beim Zentralwohnungsamt und den Wohnungsämtern verfüge und infolgedessen in der Lage sei, in kürzester Frist je dem gewünschten Wohnung zu beschaffen — aber das koste eine „Kleinigkeit“. Unter 1000 Mark wollte er es in keinem Falle machen können, meist verlangte er aber 2000 Mark. Die Hälfte des Betrages ließ er sich sofort als Vor-schuss auszahlen. Damit war aber auch seine Tätigkeit zu Ende. Die Wohnungssuchenden hörten von ihm nichts mehr, auf Briefe erhielten sie keine Antwort, höchstens in der Anfangszeit noch einmal eine Betrüfung. Wenn sie ihn in seinem „Bureau“ aufsuchen wollten, war er längst verjogen. Ständig wechselte er seinen Wohnsitz und lebte meist unangemeldet. Die Zahl seiner Opfer läßt sich nicht einmal annähernd abschätzen. Radgesehen konnten im jedoch 82 Betrugsfälle werden. Das Schöffengericht Mitte unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Dr. Schulze verurteilte den gemeingefährlichen Wohnungschwindler zu 3 Jahren 6 Monaten Zuchthaus.

Zu dem Leichenfund in der Ackerstraße wird folgendes gemeldet: Zwei junge Leute gaben gestern bei der Kriminalpolizei die Brief-tasche des Toten Rupp in ob. Sie hatten die Tasche, die nur noch einige Lotterielose und Papiere des Toten, aber kein Geld mehr enthielt, am Sonntag morgen zwischen 4 und 5 Uhr vor dem Hause Gartenstraße 13 gefunden. Die silberne Uhr mit Goldrand und Monogramm R. R. sowie die Doubletette sind noch nicht aufgetaucht.

Selbstmordversuch wegen Arbeitslosigkeit. Der 25 Jahre alte Arbeiter Karl T. aus der Kaiser-Friedrich-Straße in Adlershof vergiftete sich abends in der Laube seines Schwagers in der Kolonie „Freiheit“, Parzelle 58, mit Kohlenoxydgas. Als ihn sein Schwager aufsuchte, hatte er bereits die Besinnung verloren. Erholte sich aber bald wieder, nachdem man ihn ins Freie gebracht hatte. Arbeitslosigkeit hatte ihn zu dem Schritt getrieben.

Feuer in der Ausstellungshalle I am Bahnhof W. leben. Ein gefährlicher Brand kam gestern abend um 8 Uhr durch Kurz-schluck an einem Motor in der Ausstellungshalle I am Bahnhof W. leben zum Ausbruch. Die Klammern fanden sofort rasche Abkühlung an der Treibröhren. Ruffhoden usw. Dank der Entschlossenheit des anwesenden Personals gelang es, die Klammern auf einen kleinen Teil der Halle zu beschränken, so daß das Eingreifen der Feuerwehr sich als vollständig überflüssig erwies.

Die Bierunbrennerei - Stunden-Zeitrechnung bei der Reichsbahn. Die Reichsbahn hat die Bierunbrennerei als vollständig überflüssig erwies. In ihrem Betrieb die Bierunbrennerei - Stunden-Zeitrechnung einzuführen.

Spezialvor für proletarische Feiertage. Die Urbanmusikanten am Donnerstag läßt aus, sie haben dafür am Freitag, den 12. Febr., abends 7½ Uhr, im Gelangsdorf der Sophienstraße.

Präsidenten-Jugendbewegung. Der Vorbereitungsausschuss für Neukölln findet in der Weddin-Volkshaus in der Weddinstraße statt, und zwar jeden Mittwoch nachmittags von 4 bis 6 Uhr, beginnend am 11. Februar.

Folgenkhwere Deekeneinsturz.

45 Studenten verletzt.

In Mantua ist der Zuhörsaal eines Saales eingestürzt, in dem etwa 50 Studenten und Studentinnen für ein Wohlthaterskonzert probierten. Er sofort eingeleitete Hilfsdienst barg 45 Verletzte aus den Trümmern. 4 Studentinnen sind durch Arm- und Bein-brüche besonders schwer verletzt.

Sturmschäden in Westdeutschland.

Gelsenkirchen, 10. Februar. (Mit.) Der seit einigen Tagen im Ruhrgebiet herrschende Sturm steigerte sich in vergangener Nacht zu größter Heftigkeit, wodurch zahlreiche Störungen im Güter- und Rangierverkehr der Eisenbahn hervorgerufen wurden. Verschiedentlich wurden Bahnsteigabwärt abgehoben, Leistungsmaschinen umgestoßen und sonstige Zerstörungen angerichtet. Die Lichtleitungen konnten jedoch im Laufe der Nacht und des heutigen Tages wieder hergestellt werden, und auch die sonstigen Beschädigungen dürften bald wieder behoben sein, so daß die Verkehrsstörungen nicht lange andauern werden. Im Personenverkehr sind außer Jugenverspätungen keine Hemmnisse eingetreten. — Auch aus verschiedenen Orten des Industriegebietes werden zahlreiche Sturmschäden gemeldet. Teilweise wurden Häuser abgedeckt.

Ein Auto vom Zuge zertrümmert. An dem Eisenbahnübergang die Strecke Fulda — Bebra über die Landstraße Burghausen — Reutkirchen wurde das Automobil des Dr. Blum aus Burghausen von einer Lokomotive überfahren und vollständig zertrümmert. Frau Dr. Blum, die ihren Mann als Krankenpfleger begleitete, wurde getötet. Dr. Blum selbst trug leichtere Verletzungen davon, mußte aber trotzdem dem Fuldaer Krankenhaus zugeführt werden.

Grans beantragt die Wiederaufnahme des Verfahrens gegen ihn. Der Verteidiger des Grans, Rechtsanwalt Loge, hat den Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens gestellt. Den Vorladung zur Vorlegung eines Stadengezeuges hat der zum Tode verurteilte Grans abgewiesen.

Arbeitersport.

Verkehrsdeputation gegen Radfahrer!

Vom Arbeiter-Radfahrerbund Solidarität (Gau I) wird uns geschrieben: Die neue, am 1. März in Kraft tretende Verkehrsordnung verbietet den Verkehr mit Fahrrädern und auch Motorrädern in den als Verkehrsstraßen erster Ordnung bezeichneten Straßen Berlins, d. h. in den Straßen des Stadtinnern, welche täglich von Tausenden von Radfahrern benutzt werden. Bei der bekannten Verkehrsverhältnisse in Berlin hat gerade das Fahrrad in den letzten Jahren eine ungeheure Verbreitung gefunden. Die großen Entfernungen vom Wohnort zur Arbeitsstelle, das Verlangen der öffentlichen Verkehrsmittel wie Straßenbahn und Untergrundbahn, zwingen immer mehr die Angehörigen des arbeitenden Standes, tausende Arbeiter und Angestellte, die das Stadtinnere durchkreuzen müssen oder in der Stadt beschäffigt sind, sich des Fahrrades zu bedienen. Wenn wir die Ausführungen des Herrn Ingenieurs Otto Lübers, gerichtlich bearbeiteten Sachverständigen, in seinem Artikel im „Arbeiter-Radfahrer“, Organ des Arbeiter-Radfahrerbundes „Solidarität“, als Unterlage benutzen dürfen, hat selbst

Wohnungs- und Siedlungsfragen im Reichstag

Genosse Silberschmidt gegen die Ausschaltung des Reiches.

Im Reichstag eröffnete Präsident Lobe gestern die Sitzung um 2 Uhr 20 Min.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt Abg. Becker (Sp.) eine lange formulierte Erklärung ab, die wir an anderer Stelle behandeln. Im Anschluss daran macht

Abg. Dr. Wirth (Z.) auf das Ungewöhnliche einer solchen Erklärung aufmerksam und richtet an den Präsidenten die Frage, ob auch er nicht eine ähnliche Erklärung abgeben dürfe.

Präsident Lobe erwidert, daß eine solche Erklärung zunächst dem Präsidenten eingereicht werden müsse, das habe Herr Dr. Becker getan.

Abg. Koch-Becker (Dem.): Die Frage muß geklärt werden, ob es möglich ist, daß die Verhandlungen des Reichstages durch Monologe aufgehalten werden. (Große Unruhe rechts.) Ob es richtig ist, im Reichstag in so ausführlicher Weise eine Erklärung vor der Tagesordnung abzugeben. Ich habe ja nichts dagegen einzuwenden, aber ich mache darauf aufmerksam, daß das auch von anderer Seite in Hunderten von Fällen geschehen konnte, wo es sich um eine Verteidigung gegen Beschuldigungen handelt.

Abg. Dr. Becker-Hessen (DVP.): Artikel 85 der Verfassung gibt den Abgeordneten das Recht, außerhalb der Tagesordnung Erklärungen abzugeben.

Nach einer weiteren Debatte über die Geschäftsordnung tritt das Haus in die Tagesordnung ein.

Das Gesetz über die Fortgemährung der Reichsbegünstigung an die Tschechoslowakische Republik wird in allen drei Lesungen angenommen.

In erster Beratung wird die Novelle zum Gesetz über die Erstattung von Rechtsanwaltsgebühren in Armensachen an den Reichsausschuß überwiesen.

Die Beratung des

Haushalts des Reichsarbeitsministeriums

wird in der Aussprache über Tarifvertrags- und Wohnwesen fortgesetzt.

Abg. Frau Dr. Behm (Dnat.) spricht für den Regierungsentwurf des Heimarbeiterlohengesetzes. In Amerika wird das Zahlen von Schmutzlöhnen mit Gefängnis geahndet. Ich hoffe, daß es bei uns nicht so weit zu kommen braucht. Wir brauchen Schiedsgerichte zum Schutz der Heimarbeiter. (Beifall rechts.)

Abg. Frau Sender (Soz.):

Die verehrte Frau Behm sollte dafür sorgen, daß die ganze deutschnationale Fraktion über das Schlichtungsgesetz ebenso denkt wie sie selbst. (Heiterkeit.) Dann hätte die gestrige Rede des Herrn Graf nicht gehalten zu werden brauchen. Die Reichsverfassung macht die Arbeiter vollkommen gleichberechtigt mit den Arbeitgebern. Die Regierung muß an die Ausführung des Artikels 165 der Verfassung herangehen. Die Vertretung der Arbeitnehmerschaft ist noch immer nicht geschaffen worden; die Länder werden verhindert, diese Lücke auszufüllen. Bei den Handelsvertragsverhandlungen sind nur die Organisationen der Unternehmer zugelassen worden, aber nicht die Arbeitnehmer, wie es Frankreich getan hat. Die Teilnahme der Arbeiter an den Vertragsverhandlungen in allen Ländern würde wesentlich zur Befriedigung beitragen. Aus den Betriebsräten haben sich tüchtige Menschen herangebildet, die volles Verständnis für die Wirtschaftspragen haben, und doch werden sie überall behindert.

Wir beantragen deshalb, Mittel für die Heranbildung von Arbeitern in den Wirtschaftspragen in einer Arbeiterakademie in den Etat einzuflechten.

Die Betriebsräte würden auch gern an der Gewerbeaufsicht mitwirken. Wenn die Betriebsräte nicht den Willen der Unternehmer tun, werden sie entlassen und es gibt Gewerbegerichte, die solche Entlassungen gutheißen. Die Arbeiterschaft wird aber trotzdem unentwegt ihren Weg gehen.

Ministerialdirektor Scharn nimmt Bezug auf die Erklärungen des Arbeitsministers über Zuziehung von Arbeitervertretern bei den Handelsvertragsverhandlungen. Die Tätigkeit der Schlichter hat sich durchaus bewährt, wir werden eine Statistik darüber herausgeben. Die Fälle, in denen man Betriebsräte nicht zu den Ausschüssen hinzugezogen haben soll, bitten wir uns, im einzelnen zu unterbreiten.

Abg. Stegerwald (Z.) beantragt, den Antrag der Sozialdemokraten auf Unterstützung der Akademie der Arbeit in Frankfurt am Main und sonstiger Einrichtungen zur Weiterbildung von Arbeitervertretern, dem Hauptauschuß zu überweisen. Da die Abstimmung über den Antrag Stegerwald zweifelsfrei ist, wird Hammelsprung vorgenommen. Mit 189 gegen 91 Stimmen wird Verweisung an den Hauptauschuß beschlossen.

Zum Kapitel Wohnungs- und Siedlungswesen kommen zuerst die Redner zum Wort, die sich zum Wohnungswesen gemeldet haben.

Abg. Silberschmidt (Soz.)

Während des Krieges ist den Kriegsteilnehmern versprochen worden, daß nach ihrer Rückkehr eine Neuordnung der Grund- und Bodenverteilung vorgenommen werden sollte. Diese Aufgabe hat auch in der Verfassung eine hervorragende Rolle. Verteilung und Nutzung des Bodens soll übermäßig Mißbrauch verhindert werden, jeder Deutsche soll zu einer gesunden Wohnstätte gelangen, insbesondere soll für kranke Familien gesorgt werden. Heute ist von diesen Bestrebungen nichts mehr zu merken, im Gegenteil, bestimmte Faktoren sind wieder am Werk um die alten Zustände der unregelmäßig entwickelten Wohnungswirtschaft wieder herzustellen. Gerade im letzten Jahr ist vieles geschehen, um den Schutz der Mieter zu machen. Alle Maßnahmen, die für den Mieterschutz getroffen wurden, halten nur den Jank, die grundsätzliche Erreichung des in der Verfassung vorgezeichneten Ziels unmöglich zu machen. Durch die dritte Steuernotverordnung, die am Ende der Inflation erlassen wurde, ist

das Wohnungswesen dem Reiche ganz aus der Hand genommen worden. Mit dieser Zerschlagung der Wohnungswirtschaft in verschiedene Ausführungsorgane ist großes Unheil angerichtet worden. Die Ausführung wurde den 18 Ländern und 65 000 Gemeinden übergeben. Es besteht keine Aufsicht über die Maßnahmen zur Bekämpfung des Wohnungsmangels, jede Kontrolle fehlt, daß die Mittel richtig verwendet werden, nach Jahren wird man vielleicht erst feststellen können, wie sie verwendet wurden. Zwischen den 18 Ländern besteht beim Wohnungsbau eine Konkurrenz, die mehr wie Sabotage aussieht. Die großen Städte mit großen Einnahmen üben nicht die notwendige Solidarität gegenüber den kleineren Gemeinden auf dem Lande, insbesondere wo sich die Industrie ansiedelt, geschieht für den Wohnungsbau fast gar nichts. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Es fehlt überall der regende Gedanke, um dem Wert Liebe und Solidarität zu erhalten, es wird nur soviel getan, wie es die „Bilch“ vorschreibt. Das Reich ist kaltgestellt. Wir haben jederzeit energig Einspruch erhoben, man hat aber darauf keine Rücksicht genommen. Den Gegnern der gebundenen Wohnungswirtschaft ist dieser Zustand

(schon recht, denn jenen Volksteilen, die darunter leiden, sagt man, daß das System daran schuld sei, nur „das freie Spiel der Kräfte“ könne bessere Zustände schaffen. Diese Methode ist schon recht alt.

Erst wird die ordnende Hand befehligt, wenn dann Zerschlagung und Zerschlagung entfällt, so stellt man das als Ergebnis dieser Ordnung hin, um nur gegen diese Ordnung vorzugehen.

Wir verlangen, daß eine planmäßige Reichswohnungswirtschaft wieder eingeführt, daß eine Zentrale Stelle geschaffen wird, was nicht ausschließt, daß die Gemeinden zur fruchtigen Mitarbeit zugezogen werden. Manche behaupten, daß überhaupt noch eine Wohnungsnot vorhanden sei (Hört, hört! bei den Soz.); aber nach optimistischen Schätzungen fehlen 650 000 Wohnungen, andere Schätzungen nennen eine bis einhalb Millionen! Es mag dahingestellt bleiben, welche Auffassung richtig ist, beide gehen aber davon aus, daß so viele Wohnungen fehlen als Familien keine Wohnungen finden können. Aber man muß dazu auch diejenigen rechnen, die wohl eine Wohnung haben, aber unter erscheidendem Wohnungselend leiden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Unter den normalen Zuständen vor dem Krieg gab es in den größeren Gemeinden 3 Proz. leerstehende Wohnungen. Es müßten immer genug freie Räume zur Verfügung stehen, damit keine Wohnungsnot entsteht. Besonders grauenhafte Zustände herrschen in den besetzten Gebieten, wo sich kein Unternehmer um die Unterbringung der zugezogenen Arbeiter kümmert. Viele Deutsche leiden zwar nicht unter Wohnungsnot, sie haben Wohnungen, aber die sind auch danach. (Sehr wahr! bei den Soz.) In diesen Zuständen darf man nicht vorbeigehen, jedes Mittel muß angewandt werden, das zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse führt.

Mit den jetzigen Mitteln können wir das Wohnungselend nicht beseitigen, es muß im Gegenteil von Jahr zu Jahr größer werden, weil immer weniger gebaut wird, als der Familienzunahme beträgt.

Wir fordern, daß die Wohnungswirtschaft wieder dem Reiche zurückgegeben wird,

daß nicht nur der Wohnungsmangel beseitigt, sondern auch die alten Wohnungen gebrauchsfähig gemacht werden. In England hat man einen Wohnungsbauplan für 5 bis 10 Jahre aufgestellt, jedes Jahr soll so viel gebaut werden, daß binnen kurzem die Wohnungsnot beseitigt ist. Mit unserer Kleinrentenpolitik geraten wir immer tiefer ins Elend. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wenn wir noch die Bezeichnung eines Kulturvolks behalten wollen, so müssen wir endlich mehr tun. Nach einem großzügigen Plan und mit großen Mitteln muß der Wohnungsbau zu Wege gegangen werden. Die Mittel, die aus der Mietzinssteuer bereitgestellt werden, werden heute nicht zweckmäßig angewandt. Im vorigen Jahre gab es noch ein paar kleine Leute, die ihre Spargroschen beim Wohnungsbau anlegen konnten. Heute sind die gemeinnützigen Genossenschaften so weit, daß sie nicht mehr vorwärts können. Nur derjenige kann noch bauen, der über reiche Mittel verfügt. Selbst mittlere Beamte müssen beim Wohnungsbau dauernde Kosten bis zu 20 Proz. ihres Einkommens auf sich nehmen. Arbeitern wird zugemutet, sich mit 50 bis 60 Proz. ihres Einkommens dauernd zu belasten!

Wir fordern, daß aus den bereitliegenden Mitteln 80 bis 85 Proz. der Bankkosten zu einem niedrigen Zinssatz gegeben werden.

Es sollen überhaupt keine Zinsen genommen werden, da das Reich und die Länder die Mittel ja auch zinslos erhalten. Alle zur Verfügung stehenden Mittel müssen organisch zusammengefaßt und durch eine Bank verwaltet werden. Sie müssen gleichmäßig allen Staatsgenossen zugeführt werden, alle haben ein Recht, gleichmäßig behandelt zu werden. In diesem Etat steht nichts davon, worüber ich gesprochen habe. Um so wichtiger ist es, daß endlich das Notwendige hineinkommt. Wir verlangen, daß gebundene Wohnungswirtschaft und Mieterschutz nicht abgebaut werden, sondern daß wir zu einer gesunden Wohnungswirtschaft für das ganze Volk kommen. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. Winckel (DVP.) tritt für Abbau der Wohnungswirtschaft ein. Wir beantragen, ein Uebergangsgesetz an die Stelle des Wohnungsmietgesetzes zu setzen. Die Länder haben die Mittel, die für den Wohnungsbau aufgebracht wurden, nicht den Bestimmungen gemäß verwendet, und deshalb muß man Bedenken tragen, den Ländern weitere Mittel dafür zu geben. Der Städteauschuß verlangt, daß die Mietzinssteuer in den nächsten fünf Jahren fünf Milliarden aufbringen soll, um durch Wohnungsbau eine höhere Kapitalanlage für die Gemeinden zu schaffen. Das muß geradezu aufreißend wirken.

Abg. Eichhorn (Komm.) spricht für Verbesserung des Mieterschutzes.

Abg. Bartschat (Dem.): Geizen die Zwangswirtschaft wird mit Recht Sturm gelauten. Die Mitwirkung des Privatkapitals beim Wohnungsbau ist unentbehrlich. Die Erträge der Hauszinssteuer reichen nicht aus, um gesunden Wohnungen zu schaffen. Die Steuerlasten, die auf einem Grundstück ruhen, verteuern das Bauen. Wie werden im Wohnungsausschuß einen Antrag auf Erlassung der Ermäßigung der Grundbesitzsteuern einbringen. Wie die Dinge heute liegen, muß man den Städteauschuß darin recht geben, daß die ganze Zwangswirtschaft heute noch nicht fallen kann. (Beifall bei den Demokraten.)

Abg. Rönneburg (Dem.): Unerträglich ist, daß zu hohe Zinsen, bis zu 10 Proz. bei den Hypotheken, die aus der Hauszinssteuer gewährt werden, gefordert werden. Dem Baustoffmangel muß entschieden entgegengetreten werden. Wie kommt es, daß der Preis für das Tausend Ziegelsteine seit dem Sommer von 16 auf 60 bis 60 M. erhöht worden ist? Der Vorkriegspreis bewegte sich zwischen 16 bis 18 M. Leider ist die Bodenpreislage schon wieder am Werke, und darum sollte ein Bodenreformgesetz baldmöglichst eingebracht werden. (Beifall bei den Demokraten.)

Abg. Steiniger (Dnat.) tritt für Einheitlichkeit bei der Verwendung der Hauszinssteuer ein.

Abg. Feder (Natlos.) wünscht Beibehaltung des Baugewerbes. Abg. Dr. Jürissen (Wirtsch. G.): Mit einem Sprung können wir nicht zur freien Wirtschaft übergehen, aber das Eigentum muß wiedergegeben werden, dem es gehört. Der Mieterschutz muß aufgehoben werden, aber wir sehen in unserem Antrag die Befreiung der Mieter auf einen Höchstfuß. Der gemeinnützige Wohnungsbau soll weiterarbeiten, aber nur unter denselben Bedingungen wie das private Baugewerbe. Diese ganze Frage darf nicht parteipolitisch aufgezogen, sondern muß rein wirtschaftlich behandelt werden. Wenn wir wieder zur freien Wohnungswirtschaft kommen, wird all das Geld frei, das jetzt für Wohnungsbau zum Fenster hinausgeworfen wird. (Beifall rechts.)

Staatssekretär Dr. Geib: Es wird das Bestreben der Reichsregierung sein, auf die Einheitlichkeit in der Miethöhe hinzuwirken.

Um 6 1/2 Uhr wird die Weiterberatung auf Mittwoch 2 Uhr vertagt.

Wetter für Berlin und Umgegend. Bei wechselndem, meist härterer Bewölkung, erheuernd mild und windig mit einzelnen leichten Regenschauern. — Für den Abend, überall mild, vielfach Regenauer.

die Volksherrschaft ursprünglich keine Beschränkung des Radfahrerverkehrs beabsichtigt. Und das mit Recht. Die Verkehrsunfallstatistik weist nach, daß die Unfälle, welche durch Radfahrer hervorgerufen sind, einen außerordentlich niedrigen Prozentsatz betragen. Kein Radfahrer wird heute ohne Ursache das Stadtimnere befahren. Wer aber vernünftig dazu genötigt ist, darf nicht daran gehindert werden. Das Fahrrad ist das leichtbeweglichste, am wenigsten Platz beanspruchende Verkehrsmittel. Häufig haben sich die Radfahrer dem Verkehr angepaßt, dank dem erheblichen Einfluß ihrer Organisation. Strenge Befolgung der bestehenden Polizeivorschriften, ruhiges und sicheres Fahren gebietet schon der Selbsterhaltungstrieb. Die Strafe dient dem Verkehr! Erhöht, und an die Schildbürger erinnert die Bestimmung, daß der Radfahrer an den verbotenen Stellen abzuweichen hat. Er darf dann durch die verbotenen Straßen sein Fahrrad schieben. Ist der hochmohlbildlichen Verkehrsdeputation hierbei nicht zum Bewußtsein gekommen, daß der sein Fahrrad schiebende ein viel größeres Verkehrshindernis bildet als wie der Fahrende? Wir haben aber bei dieser Gelegenheit noch eine andere Frage: Uns erscheint es, als ob dieses Verbot nur von Automobilbesitzern gemacht ist. Wo waren bei der Beratung die Arbeitervertreter? Warum werden bei dieser einschneidenden Verordnung nicht Tadelpunkte gehört? Warum werden nicht die Vertreter der maßgebenden Organisationen gehört? Welche Begründung gibt man denn eigentlich diesem famosen Verbot? Man erachtet eine Begründung überhört nicht für nötig. Der Arbeiter-Radfahrerverband „Solidarität“ hofft, daß diese Ausnahmeverordnung gegen die radfahrende Arbeiterschaft ebenso schnell wieder verschwindet, wie sie gekommen ist. Die Stadt Berlin ist kein Krähwinkel. Den Verkehr auf Kosten der schwer um ihre Existenz ringenden arbeitenden Bevölkerung zu regeln, entspricht nicht dem Geist der Verfassung und am wenigsten den wirklichen Bedürfnissen eines zeitgemäßen großstädtischen Verkehrs.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

- 2. Kreis Tiergarten, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 7. Kreis, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 8. Kreis Wedding, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 9. Kreis Prenzlauer Berg, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 10. Kreis Mitte, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 11. Kreis Charlottenburg, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 12. Kreis Tempelhof, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 13. Kreis Neukölln, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 14. Kreis Spandau, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 15. Kreis Hakenfelde, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 16. Kreis Köpenick, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 17. Kreis Tegel, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 18. Kreis Reinickendorf, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 19. Kreis Lichtenberg, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 20. Kreis Gesundbrunnen, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 21. Kreis Moabit, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 22. Kreis Schöneberg, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 23. Kreis Wilmersdorf, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 24. Kreis Westend, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 25. Kreis Prenzlauer Berg, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 26. Kreis Mitte, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 27. Kreis Charlottenburg, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 28. Kreis Tempelhof, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 29. Kreis Neukölln, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 30. Kreis Spandau, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 31. Kreis Hakenfelde, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 32. Kreis Köpenick, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 33. Kreis Tegel, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 34. Kreis Reinickendorf, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 35. Kreis Lichtenberg, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 36. Kreis Gesundbrunnen, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 37. Kreis Moabit, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 38. Kreis Schöneberg, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 39. Kreis Wilmersdorf, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 40. Kreis Westend, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 41. Kreis Prenzlauer Berg, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 42. Kreis Mitte, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 43. Kreis Charlottenburg, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 44. Kreis Tempelhof, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 45. Kreis Neukölln, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 46. Kreis Spandau, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 47. Kreis Hakenfelde, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 48. Kreis Köpenick, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 49. Kreis Tegel, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 50. Kreis Reinickendorf, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 51. Kreis Lichtenberg, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 52. Kreis Gesundbrunnen, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 53. Kreis Moabit, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 54. Kreis Schöneberg, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 55. Kreis Wilmersdorf, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 56. Kreis Westend, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 57. Kreis Prenzlauer Berg, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 58. Kreis Mitte, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 59. Kreis Charlottenburg, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 60. Kreis Tempelhof, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 61. Kreis Neukölln, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 62. Kreis Spandau, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 63. Kreis Hakenfelde, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 64. Kreis Köpenick, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 65. Kreis Tegel, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 66. Kreis Reinickendorf, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 67. Kreis Lichtenberg, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 68. Kreis Gesundbrunnen, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 69. Kreis Moabit, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 70. Kreis Schöneberg, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 71. Kreis Wilmersdorf, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 72. Kreis Westend, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 73. Kreis Prenzlauer Berg, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 74. Kreis Mitte, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 75. Kreis Charlottenburg, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 76. Kreis Tempelhof, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 77. Kreis Neukölln, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 78. Kreis Spandau, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 79. Kreis Hakenfelde, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 80. Kreis Köpenick, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 81. Kreis Tegel, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 82. Kreis Reinickendorf, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 83. Kreis Lichtenberg, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 84. Kreis Gesundbrunnen, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 85. Kreis Moabit, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 86. Kreis Schöneberg, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 87. Kreis Wilmersdorf, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 88. Kreis Westend, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 89. Kreis Prenzlauer Berg, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 90. Kreis Mitte, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 91. Kreis Charlottenburg, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 92. Kreis Tempelhof, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 93. Kreis Neukölln, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 94. Kreis Spandau, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 95. Kreis Hakenfelde, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 96. Kreis Köpenick, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 97. Kreis Tegel, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 98. Kreis Reinickendorf, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 99. Kreis Lichtenberg, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 100. Kreis Gesundbrunnen, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 101. Kreis Moabit, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 102. Kreis Schöneberg, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 103. Kreis Wilmersdorf, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 104. Kreis Westend, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 105. Kreis Prenzlauer Berg, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 106. Kreis Mitte, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 107. Kreis Charlottenburg, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 108. Kreis Tempelhof, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 109. Kreis Neukölln, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 110. Kreis Spandau, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 111. Kreis Hakenfelde, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 112. Kreis Köpenick, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 113. Kreis Tegel, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 114. Kreis Reinickendorf, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 115. Kreis Lichtenberg, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 116. Kreis Gesundbrunnen, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 117. Kreis Moabit, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 118. Kreis Schöneberg, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 119. Kreis Wilmersdorf, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 120. Kreis Westend, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 121. Kreis Prenzlauer Berg, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 122. Kreis Mitte, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 123. Kreis Charlottenburg, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 124. Kreis Tempelhof, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 125. Kreis Neukölln, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 126. Kreis Spandau, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 127. Kreis Hakenfelde, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 128. Kreis Köpenick, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 129. Kreis Tegel, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 130. Kreis Reinickendorf, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr, Zimmer 4, Alloschstr. 21. Vortrag der Volksherrschaft. — 131. Kreis Lichtenberg, Kreisaußschuß für Arbeitermobilität! Donnerstag, den 12. Februar

Die Lage im deutschen Baugewerbe.

Wie wird sich die Bautätigkeit im Jahre 1925 gestalten? Das ist eine Frage, die nicht nur die vielen laufende Wohnungsuchenden bewegt, sondern alle am Baugewerbe interessierten Industrien. Das Baugewerbe als ein Schlüsselgewerbe kann vielen Hunderttausenden Arbeitern Beschäftigung bieten und damit die Wirkungen der heutigen Wirtschaftskrise bedeutend abmildern. Deshalb ist die Frage nach der Bautätigkeit eine Frage von tief einschneidender wirtschaftlicher Bedeutung.

Man rechnet im Jahre 1925 mit einer verstärkten Bautätigkeit. Jedoch weiter als zu einem wenig gehaltenen Gebäude hat man es in dieser Frage noch nicht gebracht. Doch da und dort größere Bauprojekte vorliegen, ist richtig, daß es eine Erleichterung, die alljährlich wiederkehrt. Wenn wir die Frage der Bautätigkeit — vor allem der Wohnungsbautätigkeit — ergründen wollen, so ist dazu nötig die Prüfung folgender Fragen: 1. Wie steht es mit der Frage der Kapitalbeschaffung für Baugewerbe? 2. Wie steht es mit der Baustoffbeschaffung? 3. Sind genügend Bauarbeiter vorhanden?

Die Kapitalbeschaffung.

Der Kapitalmarkt hat sich gebessert. Es ist möglich, daß die sicheren Zinssätze von 10 bis 12 Proz. eine Stärkung des Kreditmarktes mit sich bringen. Dies kann jedoch nur in bescheidenem Maße zutreffen. Erfahrungsgemäß wirkt sich das Kapital der besseren Ertragsmöglichkeiten halber lieber auf die Industrie. Erst wenn der Industriemarkt überflüssig ist, wendet sich das Kapital dem Baugewerbe zu, der wohl eine sichere, jedoch nur beschränkte Zinsanlage bietet. Zurzeit hat jedoch die Industrie trotz der Ruhrbesetzung der Reichsregierung von rund 700 Millionen Goldmark an die Großindustriellen an Ruhr und Rhein immer noch großen Kapitalbedarf. Darunter wird der Baugewerbe zu leiden haben. Beachtet man ferner, daß die öffentlich-rechtlichen Einrichtungen, die früher mit Vorliebe ihre überschüssigen Kapitalien in Bauhypotheken anlegten, durch die Inflation vollständig verarmt sind und sich erst sehr langsam zu erholen beginnen, so ist auch dieser Umstand für eine Ausfüllung der Bautätigkeit wenig ermutigend.

Die einzige sichere Quelle, aus der der Wohnungsbau dauernd gespeist werden kann, sind die **Einnahmen aus der Hauszinssteuer**. Leider ist davon bisher ein großer Teil für andere Zwecke verwendet worden. Stände der volle Ertrag der Hauszinssteuer für Wohnungsbau zur Verfügung, dann könnten bedeutend mehr Wohnungen als bisher erstellt werden. Der Deutsche Städtetag hat eine dahingehende Forderung bereits erhoben. Er hat verlangt, die für die Bautätigkeit vorgesehenen Steuermittel den Gemeinden zur uneingeschränkten Verwendung zu überlassen. Dem aber widerstreben die baugewerblichen Unternehmer, die das Aufkommen aus der Hauszinssteuer wohl gleich dem Städtetag reichlich für Baugewerbe erhalten, jedoch den Gemeinden zur uneingeschränkten Verwendung nicht überlassen möchten. Darin erkennen sie eine „Beeinträchtigung der freien Wirtschaft“, nicht zuletzt aus dem Grunde, weil dann ihre unheimlichen Konkurrenz, die sozialen Baugewerkschaften, manches Stück Arbeit zugewiesen erhalten würden. Auch die Hausbesitzer wollen die „freie Wohnungswirtschaft“, d. h. wie sie das auffassen. Sie wollen die Wohnungswirtschaft aufheben, daraus versprechen sie sich eine Befreiung der Bautätigkeit. Danach kann gar nicht die Rede sein. Keine Markt mehr sollte in diesem Falle aus den schon angezeigten Gründen dem Baugewerbe zu. Die Hausbesitzer wollen mit ihrer Forderung nur die Wohnungswirtschaft aufheben, ausgebaut durch die Vermieter, wie der Bund deutscher Mietervereine in einer Denkschrift an den Reichstag sehr treffend bemerkt hat.

Eine Befreiung der Bautätigkeit wäre jedoch sicher zu erwarten, wenn der Antrag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die Hauszinssteuer müsse mindestens 20 Proz. der Friedensmiete betragen, verwirklicht würde. Mit einem ähnlichen Plan hat sich vor einiger Zeit auch die — leider gewesene — preussische Regierung getragen. Der preussische Ministerpräsident Genosse Braun hat das Aufkommen aus der Hauszinssteuer für 1925 auf 200 Millionen Mark eingeschätzt, mit Hilfe dieses Betrages ließen sich bei einem staatlichen Zinsfuß von 4000 M. für jeden Bau 50 000 Neubauten errichten. Bei Erhöhung des Satzes der Hauszinssteuer auf 20 Proz. wäre der Bau von 100 000 Neubauten möglich. Ob die neue preussische Regierung das Vorhaben der alten in hier genannten Sinne durchführen wird, wissen wir nicht. Wir können auch nicht wissen, ob der Reichstag dem vorhin erwähnten sozialdemokratischen Antrag zustimmen wird. Jedenfalls wird von dessen Annahme oder Ablehnung abhängen, ob sich der Wohnungsbau in Deutschland mehr belebt oder ob es in dem alten, unbefriedigenden Schienenbau weitergeht.

Baustoffbeschaffung und Baustoffwucher.

Wichtig für die größere Belebung der Bautätigkeit in Deutschland ist ferner die Frage der Baustoffbeschaffung. Wie steht es aber auf diesem Gebiete aus? Die Holzindustrie ist bedeutend zurückgegangen, auch die Lärche in den Schwämmen und Korkwerken, den Stein- und Schieferbrüchen. In der Zementindustrie betrug die Gesamtproduktion im Jahre 1924 etwa die Hälfte der Vorkriegsproduktion. Möglich, daß es gelingt, die Herstellung von Baustoffen von neuem zu forcieren, wenn dies — die Trübsal und Kartelle zulassen. Diese fahren trotz eingeschränkter Produktion recht gut, sie schrauben die Preise für Baustoffe bis in die Wolken, so daß sie heute um ein Vielfaches über dem Vorkriegspreis stehen. Dies wäre ein besonderes Kapitel über das Thema Baustoffe, Kapitalmarkt und Allgemeininteresse. Doch schweigen wir an dieser Stelle darüber. Wir wollen nur noch feststellen, daß viele Stiegeisen abgebrochen, zum Teil verwechselt sind, so daß die Aussichten auf eine ausgiebige Beschaffung von Baustoffen für eine Hebung der Neubautätigkeit nicht gerade günstig sind.

Die Arbeiterfrage im Baugewerbe.

Trotz dieser nicht günstigen Aussichten für eine besonders starke Belebung des Baugewerbes zerbrechen sich die Unternehmer und auch manche Regierungen die Köpfe über die dritte Frage, wo die Bauarbeiter hergenommen werden sollen, falls die Bautätigkeit besonders stark einleiten sollte. Nach allen bisherigen Erfahrungen hierzu folgendes: Die Kapital- und Baustoffbeschaffung muß schon in ganz ungeahntem Maße einsehen, die Bautätigkeit eine außergewöhnlich gute werden, um einen spürbaren Mangel an Bauarbeitern hervorzurufen. Nach den alle Monate veranstalteten Erhebungen des Baugewerksbundes über den Umfang der Arbeitstätigkeit im Baugewerbe waren im Januar 1924 71,4 Proz. aller Mitglieder dieser Organisation arbeitslos, im Februar 72,6 Proz., im März 38,1 Proz., im April 15,3 Proz., im Mai 9,5 Proz., im Juni 10,6 Proz., im Juli 10,6 Proz., im August 11,4 Proz., im September 8,4 Proz., im Oktober 6,5 Proz., im November 10,1 Proz., im Dezember 22,7 Proz. Ein großer Teil der Arbeitslosen waren Facharbeiter, und zwar im Januar 134 727, Februar 136 758, März 59 333, April 15 319, Dezember 32 313. Der niedrigste Stand arbeitsloser Facharbeiter war im Oktober mit 4577. Jedemfalls gab es im Jahre 1924 zu jeder Zeit arbeitslose Facharbeiter. Trotz dem schienen die Unternehmer — und anscheinend haben sich von ihnen auch manche Regierungsstellen beeinflussen lassen — nach mehr Facharbeitern, verlangen, daß mehr Lehrlinge eingestellt werden, die Umschulung anderer Arbeiter als baugewerbliche Facharbeiter stattfindet und daß Facharbeiter aus dem Ausland in Massen nach Deutschland importiert werden.

In der Lehrlingsfrage hat der Baugewerksbund — vielfach an Hand amtlichen Materials — festgestellt, daß in den letzten Jahren vollkommen ausreichende Lehrlingsstellenstellungen stattgefunden haben. In der Vorkriegszeit entfielen nach den damaligen Erhebungen 7—8 Gelehen auf einen Lehrling, heute beispielsweise in Bonnern auf einen Baurechtshelmer, 4 in Weidenburg 6,1, in Schlesien 4 Gelehen. Die Handwerkskammern berichten fast sämtlich über eine starke Zunahme der Lehrlinge im Baugewerbe. Stellenweise wird schon über überflüssige Lehrlingszahl berichtet. Bei der Umschulung anderer Industriearbeiter für das Baugewerbe hat der deutsche Baugewerksbund schon einmal, und zwar im Jahre 1921 Hilfe geleistet, heute muß er das nach den demnach gemachten Erfahrungen ablehnen, weil es Miße, Arbeiter gemittelt einer ganz ungewissen wirtschaftlichen Zukunft auszuliefern. In all diesen Fragen vertritt der Baugewerksbund heute den Standpunkt: Weder Umschulung noch Lehrlingszahl sind im Baugewerbe nötig, um einem etwa drohenden Mangel an Bauarbeitern vorzubeugen. Man schaffe nur Arbeit, dann werden auch die benötigten Bauarbeiter vorhanden sein. Laufende davon haben den ertemten Beruf verlassen, weil sie es fast bekommen hatten, wiederholt und monatelang als Arbeitslose das Straßenpflaster zu treten. Die kommen gern wieder, wenn sich ihnen dauernde Beschäftigung bietet. Auch die Laufende, die — nach Angabe der Unternehmer — ins Ausland gegangen sind, werden dann wiederkommen, vor allem, wenn man ihnen ständige Beschäftigung bietet. In diesen Zwecken organisiere man die Arbeitsvermittlung in der Weise, daß die freien Arbeitskräfte immer dahin vermittelt werden, wo sie nötig sind. Ferner müssen die Regierungsstellen und die städtischen Behörden Anordnungen treffen, Instandsetzungsarbeiten an Staats- oder städtischen Gebäuden in den Wintermonaten vorzunehmen. In gleicher Weise mögen sich die Privatunternehmer bemühen. Alle nicht dringenden Reparaturarbeiten verlege man in die kalte Zeit. Dann wird an Bauarbeitern niemals Mangel sein, außerdem würde der Bau-

arbeiter der Saisonarbeit mehr entlastet, er könnte mehr auf dauernde Arbeit rechnen, wodurch auch die Unternehmer Sorge um den baugewerblichen Nachwuchs mehr verschwinden würde.

Die Unternehmer verlangen ausländische Arbeiter.

Über das Unternehmervorhaben über den Mangel an Bauarbeitern hat ja andere Gründe. Seit dem Vorjahr stehen sie in Kampfstellung gegen die Bauarbeiter. Sie wollten im Jahre 1924 den Bauarbeitern den Achtstundentag rauben, die Löhne drücken, die Ferien nehmen und ihnen außerdem noch andere Verschlechterungen im Arbeitsverhältnis aufzwingen. Dabei stießen sie auf geschlossenen Widerstand. Nichts gelang ihnen. Die Bauarbeiter erhielten sich nach schweren Kämpfen den Achtstundentag, gingen überall zum Angriff über und errangen annehmbare Lohn-erhöhungen. Trotz der scharfen Abfuhr möchten aber die Bauunternehmer ihre Bergwältigungspläne immer noch nicht aufgeben. Sie möchten deshalb den Seitenhieb des gelehrten Bauarbeiters herabdrücken, um für sich eine dem Lohn und der zwangsweise Verlängerung der Arbeitszeit günstigere Position zu schaffen. Deshalb ihr Schrei nach vermehrter Belehrgungsbildung, nach Umschulung, nach Zulassung ausländischer Bauarbeiter in Deutschland. So erklärt sich auch jene Zusammenkunft am 26. Januar 1925 in Prag, zu der Vertreter der tschechoslowakischen Bauarbeiterorganisationen, der Bauunternehmer und des tschechoslowakischen Ministeriums für soziale Fürsorge erschienen waren. Zur Verhandlung stand ein Antrag der deutschen Baugewerkszentrale, 15 000 tschechoslowakische Maurer und Zimmerer nach Deutschland zu vermitteln. Das ist ein nackter Beweis für die schmerzhaften Absichten des deutschen Bauunternehmertums! Der pfiffige Plan ist allerdings diesmal vorbeigegangen. Denn die tschechoslowakischen Bauunternehmer wählten sich in der gleichen Lage wie ihre deutschen Kollegen, auch sie befürchteten Facharbeitermangel, auch sie möchten auf ihre Referate nicht verzichten. Deshalb erhoben sie Einspruch. Die Massenwerbung tschechoslowakischer Bauarbeiter für Deutschland unterbleibt.

Dies ist zugleich die Lage im Baugewerbe. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß sich die Arbeitslosigkeit im deutschen Baugewerbe im Jahre 1925 etwas besser gestalten wird, als sie im Vorjahre war. Aber von Kämpfen wird das Baugewerbe auch in diesem Jahre nicht verschont bleiben. Dafür sprechen die Bestrebungen und Rüstungen im Unternehmertum. Für die Arbeiter des Baugewerbes gilt es, gleichfalls zu rüsten, ihre Organisationen zu stärken, um den Absichten des Unternehmertums entschieden entgegenzutreten und sich weitere Lohnvorzüge zu erringen!

Produktive Darlehen an Kleinrentner.

Einer Kundenerfüllung des Preussischen Wohlfahrtsministers an die Regierungspräsidenten entnimmt der amtliche Preussische Preßdienst die folgenden Mitteilungen:

Der „Kreditgemeinschaft gemeinnütziger Selbsthilfsorganisationen Deutschlands G. m. b. H.“ in Berlin, Echarnhorststraße 35, ist aus Reichsmitteln ein Betrag von 200 000 Mark, von dem 122 200 M. auf Preußen entfallen, zur Gewährung von produktiven Darlehen an Kleinrentner zur Verfügung gestellt worden. Die Kreditgemeinschaft hat zur Vergebung dieser Einzeldarlehen in Gemeinschaft mit dem Deutschen Rentnerbund eine besondere Abteilung „Rentner-Darlehnskasse“ eingerichtet. Von der Inanspruchnahme dieser Kasse sind jedoch Kleinrentner, die nicht Mitglieder des Deutschen Rentnerbundes sind, nicht ausgeschlossen. Anträge können durch Vermittlung der örtlichen Fürsorgestellen oder die Bezirksstellen des Deutschen Rentnerbundes eingereicht werden.

Die Rentner-Darlehnskasse soll durch Gewährung von Einzeldarlehen Rentnern ermöglichen, sich eine wirtschaftliche Existenz in produktiver Form wieder aufzubauen.

Die Darlehen sollen den Betrag von 1000 Reichsmark regelmäßig nicht übersteigen. Voraussetzung für die Gewährung ist die begründete Aussicht, daß der Rentner mit Hilfe der Darlehensmittel seine wirtschaftliche Produktivleistung, wenn auch in bescheidenem Umfang, zu erhöhen vermag, sowie ferner die Stellung einer ausreichenden Sicherheit. Bei Prüfung der Sicherheit wird Rücksicht auf den Einzelfall genommen.

Die Darlehen sind mit mindestens 4 Proz. jährlich zu verzinsen, in geeigneten Fällen kann der Zinsfuß den Reichsbankdiskontsatz erreichen. Die Rückzahlung soll regelmäßig innerhalb 18 bis 24 Monaten beendet sein, in monatlichen Teilzahlungen erfolgen, die nach einer Schonzeit von etwa drei Monaten beginnen. Bei der Entscheidung über die Gewährung der Darlehen sowie über Stundungsgesuche wirken zwei vom Deutschen Rentnerbund zu benennende Vertreter mit.

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
Opernhaus
7 Uhr: Troubadour
Opernhaus
am Königplatz
7 Uhr: Mona Lisa
Schauspielhaus
7 1/2 Uhr: Charleys Tante
Schiller-Theater
7 1/2 Uhr: Von morgens bis mitternachts
Volksbühne
7 1/2 Uhr: Wer weint um Jackenack?
Deutsches Theater
7 1/2 Uhr: Die Stützen der Gesellschaft
Kammeroper
4 Uhr: Der Lampenschirm
Die Komödie
Anfänger 10/12/13
7 1/2 Uhr: Sechs Personen suchen einen Autor
Berliner Theater
7 30 Uhr: Annelise v. Dessau
SCALA
8 Uhr: Variété-Revue
Rose-Theater
7 1/2 Uhr: Wilhelm Tell

Lessing-Theater
Tägl. 8 Uhr
Mrs. Dot
Leopoldine Konstantin
Anita Landau, Karl
Alexander, Eber
Berg, Kallert, Redl
Kleines Th.
Täglich 8 Uhr:
Frau Lohengrin
von Trübsch und Lasser
Gisela Werbeck
Ella Ullrich, Schöner
Stöckel, Käthe
Trianon-Th.
Tägl. 8 Uhr:
Einmal ist keinmal
von Fritz Mack
Hans Arndt
Fahnenberg, Fahn-Tin
Residenz-Th.
Heute 8 Uhr:
Sine galante Nacht
Deutsch. Künstlertheater
Tägl. 8 Uhr
„Riquette“
Cassara von Fritz Strauß
Lustspielhaus
4 Uhr: Die Nixen
D. wahre Jakob
Operettenhaus
an Schlosspark
8 Uhr
Die verzauberte Frau
Wallner-Theater
8 Uhr
Pellam und Holländer

Kalter-Revue
1925
Th. I. Admiraipalast
26. Woche
Allabendl. 8 1/2 Uhr
Die große
Revue d. Welt:
„Roch und Koch“
Sonntag nachm.
3 1/2 Uhr:
Die ganze
Vorstellung zu
halben Preisen
2. Rang 1 Mark
Deuts. Opernhaus
7 1/2 Uhr: Zar und
Zimmermann
Central-Theater
7 1/2 Uhr: Die
versunk. Glocke
Metropol-Theater
Tägl. 7 1/2 Uhr:
Gräfin Mariza
Neues Th. am Zoo
Täglich 8 Uhr:
**Wild-West-
Mädel**
Th. in Kommand. Str.
Täglich 8 Uhr:
Molly Wessely in
Die Frau ohne Kuh

Thalia-Th.
Tägl. 8 Uhr:
Das Dreimäderlhaus
Casino-Theater
Allabendl. 8 1/2 Uhr:
Der neue
Schlager
Graj Roks
Posse in 3 Akten
Gajal neu! Berlin
Volkskaml. Preise
**Novitäten-
Spielplan:**
Sonntags 3 1/2 Uhr
halbe Preise
Rauschen erstarrt
Brast
Friedrich
spricht
14. Februar, 8 Uhr
im Rathaus
Dichtungen von
Toller, Möhsam,
Dehmel u. a.
**Krause-
Pianos**
mit
Miete
Ansbacher Str. 1,
Täglich 10 Uhr

**Komische
Oper**
Direktion: James Klein
**Unsere
Revue:**
Das hat die Welt
noch nicht gesehn
mit über 250 Mitwirkenden
Die Sensation des
Berliner Theaterlebens!
Sonntag 3 1/2 Uhr
Die große Revue!
Jeder Erwachsene 1 Kind frei
zu halben Preisen
(50 Pl. bis 6 Mk.)
Vorverkauf wunderbar!
Theater am Kottbuser Tor.
Tägl. 8 Uhr und
Sonntag nachm. 3 Uhr
Elle - Sänger.
Der Gipfel des Humors
Die Haxe der Pandors
Volk-tümliche Preise
Reichshaus-Theater
Allabendl. 8 U. u. Sonntags nachm. 3 Uhr
Sicilianer Sänger
Nachmittags halbe Preise
volles Programm.
Jönhoff-Brettli:
Familien-Variété
All. 7 1/2 U. Sonnt. 3 1/2 U.

Neue Welt
Arnold Scholz = Hasenheide 103 114
Heute sowie täglich
Bockbier-Fest
in den bayerischen Alpen
8 Kapellen — neue Dekorationen
80 bayer. Madl
Bergschloß-Bockbier
Eintauch 6 Uhr — Anfang 7 Uhr
Vorauszeitige
Morgen, Donnerstag 12. Februar:
Gr. Schweineschlachten
**Gegen Zahndrmerz
jeder Art**
hilft Verit.
Can 1000 fast granule Zahndrmerzmittel, wird
in die Zahnlücken reibend. Bester Phar-
mazologisches Laboratorium Verit
Halle a. S., Schwanstr. 13. Gesamt-Deut. für
Berlin und Brandenburg: Almons
Apotheke, Berlin, Dönhofsplatz, Südwest
Ordn. 17 (Telephon Amt No. 1009-1054).

Nur so billig!
Nur soweit Vorrat!
Gute und beste Qualitäten! Eile geboten!
Für starke Figuren, schont machende Formen
Peizmäntel nur gute Felle, jetzt 500.- 400.- 235.-
Peizmäntel beste Formen . . . 230.- 175.- 110.-
Seidenplüschmäntel (Prachtstücke) 150.- 115.- 88.-
Krimm-, Astrach.- u. Wollplüschmäntel 61.- 58.- 39.-
Peilbesetzte Stoffmäntel in . . . 70.- 45.- 31.-
Winter-Kostüme, Kleider, Röcke jetzt spottbillig!
Extra Abteilung: Trauer-Magazin
Große Auswahl! Billige Preise!
Seidenplüschmäntel
nur **65.-**
WESTMANN
1. Filiale: Mohrenstr. 37a
2. Filiale: Fr. Frankfurter Str. 115
Stahlmattzen
n. Stoll, Gellert, Vertal, u. Vertal, Gellert
Berlin, Fr. Frankfurter Str. 115
Ischias
Ist die Ursache für alle Schmerzen, Krämpfe, empfindliche
Wandlungen 190. 9-11 1-4 1000 15-12 1000.

Pythius und Kaspar Hauser.

Von Karl Franke.

Es war nicht leicht, in das Heiligum Pythius des Hellschers vorzubringen. An der Gartenpforte wurden wir von einem schwarzen Diener die Augen verbunden, dann führte er mich über endlose Straßen durch endlose Gänge, in denen unsere Schritte schauerlich von den anscheinend feuchten Wänden widerklangen und in denen es nach Wäldern und Unten roch.

Als mir die Binde von den Augen genommen wurde, stand ich Pythius gegenüber.

Welch ein demütiger Augenblick! Der Meister saß in einer Rotunde auf einem dreifüßigen Stuhle, dessen Beine die dreifache Länge sonstiger Stuhlbeine hatten. Vor dem Dreifuß sauerte eine schwarze Rahe.

Berehrter Meister der Hellscherei, ich komme, um aus Ihrem erlauchten Munde etwas Befreiendes über das jetzt wieder auftauchende Kaspar-Hauser-Problem zu hören. Ziehen Sie möglichst rasch den Schleier von dem Geheimnis, sonst macht der Jakob Wassermann das Rennen!

Pythius, der Kriminalpsychologe, zwirbelte seinen schwarzen Nikolaj-Schnurrbart, die schwarze Rahe schnurrte geheimnisvoll, der schwarze Diener rollte die Augen auf, daß sie Monden in pechfinsterner Nacht glitzerten.

„Ich habe den Schleier bereits gelüftet,“ begann Pythius, und seine Stimme glich der des Erdgeistes im „Jont“. „Ich hatte die Entschlüsselung dieses Rätsels zu meiner Lebensaufgabe gemacht, und seit gestern Nachmittag drei Uhr fünfzehn Minuten kann ich sagen: „Ich habe nicht umsonst gelebt.“

„Arbeitswürdiger Meister! Seit rund hundert Jahren trägt der Dädel über dem geheimnisvollen Kaspar-Hauser-Lopf allen Versuchungen, ihn zu heben.“

„Nawohl, und ich habe ihn gehoben!“

„Woh! Es war natürlich doch ein bödischer Pein...?“

„Nein!“ dröhnte die Stimme des Erdgeistes.

„Wieso ein gewöhnlicher Betrüger, der irgendetwas auf dem Kerbholz hatte, eine Schiebung, oder ein verachteter Theaterdirektor, der untertauchen wollte, um den Goggenforderungen zu entgehen?“

„Nein!“ dröhnte der Erdgeist-Ersth.

„Nun?“ hiebte ich mit allen Fasern, mit denen man nur irgendwie siehern kann.

„Katen Sie weiter,“ hipste der Meister und warf einen mit leidigen Blick auf mich armen Erdewurm.

„Vielleicht doch ein Napoleonide?“ warf ich zögernd ein, „ein direkter Nachkomme des Welt-Unterjochers aus Korsika, entstanden auf dem Rückzuge aus Rußland, als Napoleon nicht wußte, was tun, als er seinem gepreßten Herzen auf irgendeine Art Luft zu schaffen suchte?“

„Weit vorbeigeraten!“ kicherte der Meister und zog damit die Fuster noch um drei Umdrehungen an.

„Vielleicht ein illegitimer Sohn vom Marschall Vorwärts... von Scharnhorst... Snesjanow... Pawlatow... oder gar vom alten Raslebed?“ Ich nannte alle Namen, die der Zeit noch in Betracht kommen konnten. „Von Wellington, dem Keinen Schäter?“

„Immer wieder das entseßliche Nein! von dem überhöhten Schusterhemel.“

„Ich wurde nervös und mein Kopf begann zu summen.“

„Vielleicht von Buttlar? Wallenstein? Der Gustaf von Blafsig? Ich kohlenderte sämtliche Namen aus dem Dreißigjährigen Kriege heraus. „Ich dachte, der Kaspar war ein abgefeimter Halunke, der irgendwas zu verbergen hatte, warum sollte er nicht auch die Anzahl seiner Lebensjahre verheimlicht haben?“

„Nein,“ grünte bei jedem Namen das Scheusal auf dem Esself. „Ich konnte nicht mehr klar denken, und in meinem Kopf begann es zu ticken wie in einem Uhrmacherladen.“

„Vielleicht war es gar kein Mensch, vielleicht war es eine Kreuzung zwischen hochentwickelten Tieren, zwischen einem Orang-Utan und einem Lama?“

„Meine Denkfähigkeit nahm sichtbar ab.“

„Vielleicht, angebeteter Meister, war es der Homunkulus, der von Goethe und der Frau von Stein fabrizierte, ach nein, ich wollte sagen, der von Diphelo in der Retorte erzeugte künstliche Mensch wird es gewesen sein, der, nachdem Shafelpare die letzte veredelnde Hand an ihn gelegt hatte, zu Venedig in den Canal Grande sprang, untertauchte, bei Messina gesichtet wurde, sich dann in ein Fischer-

netz verwickelte und 1828 auf dem Unschlittmarkt zu Nürnberg als ein südbändischer Fisch feilgeboten...“

„Ich drohte umzukommen.“

„Da stahl sich ein Strohl des Mißheils in des Meisters harte Brust.“

„Hören Sie,“ begann er, „Kaspar Hauser war...“ Neues Leben rieselte durch meine gelähmten Glieder... „Kaspar Hauser war der Sohn Ludwig des Ersten von Bayern und der Lola Montez.“

„Der Seher sprach deutlich, er betonte jedes Wort auf besondere Art, und nach jedem Worte machte er eine kleine Pause.“

Unter Druck.



„Wir werden in der Aufwertungsfrage die Regierung auch weiter unter hydraulischem Druck halten, — doch möchte ich zunächst bitten, die störende Anlage da oben zu beseitigen!“

„Bitte noch einmal,“ bat ich, „wie hießen die meriten Eltern?“

„Ludwig der Erste und Lola Montez.“

„Kachhh! Das ist ja ganz was Neues! Da wird die Welt haunen!“ Dann machten meine Gedanken einen kleinen Ausflug ins Historische, und als sie zurückkamen, sagte ich: „Dieser horrende Schwindel!“ Der Schwarze rollte mit den Augen, die Rahe schnurrte fürchterlich. „Ich ließ mich nicht einschüchtern.“ Dieser grandiose Schwindel!“ lachte ich, „die Lola hat ihr erstes Bier in München erst um 1848 herum getrunken, während der Kaspar bereits um 1830 als Zwanzigjähriger aufgetaucht ist! Von Ludwig gar nicht zu reden!“

„Erhöhen Sie sich nicht,“ sagte der Meister im ruhig selbstsicheren Ton, „ich werde in einigen Wochen untrüglige Beweise veröffentlichen, daß mein Ergebnis stimmt.“

„Aber wie erklären Sie denn den historischen Widerspruch?“ — „Hier liegt eben, wie so oft, die Geschichte. Glauben Sie doch diesen

Zahlen nicht; wer hat sie aufgeschrieben? Armeleiche Menschen, die jeder Lufthauch hinweglegen kann.“

„Und was sind Sie?“

„Ich bin ein mit vor- und rückwärtsblickenden geistlichen Augen ausgestattetes Wesen von einer anderen Welt, wie es nur alle tausend Jahre zu euch kommt. Meine Augen reichen bis ins Paradies; ich sehe, wie Eva den Apfel vom Baume der Erkenntnis pflückt, und ich sage Ihnen, es war eine Pflaume.“ Ich bat den Schwarzen, mich schnell an die Luft zu führen. „Leben Sie wohl, teurer Meister!“

„Wände erschrocken, keiner Fingersmann und verflünde draußen, daß in drei Wochen mein Hauser-Best erscheint.“

Ludwig, Lola, Kaspar — es könnte doch etwas Gemeinsames in diesen drei Worten sein — die Wege des Schicksals sind dunkel und vermerren...“

Homöopathie und Biochemie. Während die sogenannte „Schulmedizin“ Krankheit und Heilmittel als Gegensätze ansieht, stützen sich die Anhänger der Homöopathie auf den alten Satz: „Similia similibus curantur.“ (Gleiches wird durch Gleiches geheilt.) Wie diese Worte und der Name „Homöopathie“ erklären, ist es die Heilkunde, die als Gleiches, d. h. Krankheit und Heilung als durch Gleiches bedingt, erklärt. Der Saie ist geneigt, nur das Augenfeld dieser Methode zu bemerken, die Anwendung der Arzneien in kleinsten Gaben. Ihr Prinzip aber ist das Similia similibus. Der sächsische Arzt Dr. Hahnemann gab dieser Heilmethode die wissenschaftliche Grundlage. Er hatte beobachtet, daß bestimmte Quecksilbergabe einmal bei Epidemien diphtherieähnliche Symptome hervorriefen, andererseits, während dieser Krankheit gegeben, Heilung bewirkten. Die Beobachtung vieler Hirten, daß Schafe kusten, wenn sie die auf manchen Weiden wachsende fleischfressende Pflanze Drosera rotundifolia verzehrten, veranlaßte Hahnemann, bei Erkrankungen der Luftwege, die sich im Husten äußerten, Präparate dieser Pflanze zu geben. Auch hier hatte er Erfolg. Nun houte er sein System aus, und die moderne Homöopathie betrachtet ihn als ihren Gründer. Die Anwendung kleiner und kleinster Dosen, in Potenzen von 10 angegeben, wird begründet aus der Erfahrungstatsache, daß starke Gifte in ganz geringen Gaben die umgekehrte Wirkung zeigen. So z. B. tötet Sublimat in Verdünnungen von ein Tausendstel Prozent unbedingt alle Bakterien; in Lösungen von ein Millionstel Prozent dagegen bewirkt es ein schnelles Wachstum der Hefepilze.

Die „Schulmedizin“ macht der Homöopathie zum Vorwurf, aus vereinzelten Beobachtungen allgemeine Schlüsse zu ziehen und deren Ergebnisse anzuwenden. Andererseits tadeln die Homöopathen an der Allopathie, sie bekämpfen nur die Symptome, also die Krankheitsäußerungen und Schmerzen, ohne bis zum Herd des Uebels vorzudringen.

Die Biochemie, mit der Homöopathie häufig zusammen genannt, hat mit ihr nur die Äußerlichkeit gemeinsam, kleine Dosen anzuwenden. Diese Praxis aber geht nicht aus dem gleichen Grund hervor. Der Gründer der Biochemie, der deutsche Arzt Dr. Schübler, stützt sich auf die Beobachtung, daß jede Krankheit durch Störungen in der Zusammensetzung der unorganischen Verbindungen in den Geweben und im Blut bedingt sei. Er nennt 13 solcher „Gewebelemente“, die in Blut und Gewebe enthalten sind, Salze des Natriums, Kalziums, Kaliums, Magnesiums, Siliziums und Eisens. Ist die Krankheit, und damit auch festgelegt, welche Stoffe fehlen, so werden diese in den nötigen kleinen Mengen, in denen sie sich in Gewebe und Blut des normalen Körpers vorfinden, eingegeben. Allopathische, d. h. größere Dosen werden verurteilt, weil sie durch ein Zwiefel wie Fremdstoffe hemmend wirken sollen.

Beobachtungen bei der Sonnenfinsternis in Amerika. Ueber das Ergebnis der amerikanischen Beobachtungen anlässlich der Sonnenfinsternis erklärt, nach Meldungen aus New York, Professor Todd von der Carnegie-Stiftung sich sehr befriedigt. Er plant für die nächste Sonnenfinsternis am 14. Januar 1926 im indischen Ozean ausgedehnte Beobachtungen vom Aufschiff aus. Andere während der Beobachtung die Informationen bei der jüngsten Sonnenfinsternis für die vollständigsten in der Geschichte der Astronomie, erklären aber, daß zwei Jahre nötig sind, um die Ergebnisse wissenschaftlich auswerten zu können. Prof. Vane Poor von der Columbia-Universität, der Prüfungen über die Einstein-Theorie anstellte, ist von dem Ergebnis, das durch die große Kälte beeinträchtigt wurde, nicht befriedigt, konnte aber immerhin wichtige Beobachtungen machen.

Paradiesvögel des Meeres.

Von Wilhelm Bölsche.*

Im tiefen Dämmer des Südamerikanischen Urwaldes gibt es wunderbare Schmetterlinge.

Sie scheinen aus durchsichtigem Kristall zu bestehen. Indem fast aller Farbenbolg ihrer Flügel geschwunden ist, schweben sie dahin gleich körperlosen Geistern, die der Blick nicht fassen kann.

Und nur der Wissende ahnt wieder eines jener großen Geheimnisse, mit denen die Natur diese Athomien, wie der Forscher sie nennt, vielleicht unter einer Tarnkappe gegen Verfolger schützt.

Ich habe aber bisweilen geträumt, ob man diese Gipsflügel nicht noch mit einem anderen Naturkunststück verknüpfen könnte, das sich in ähnlich verschwiegenen Waldgründen der anderen Tropenorte birgt.

Dort haufen bekanntlich in den zum Teil noch unbetretenen Gebirgswäldern Neuguineas die unergleichlich schönen Paradiesvögel.

Solcher Paradiesvogel besteht nicht aus durchscheinendem Glas, aber alle Farben des Regenbogens, zu denen ein Kristallprisma das weiße Sonnenlicht brechen kann, scheinen ihn zu umfassen, gemischt von dem derberen Gold- und Kupferglanz vom Metallglanz der Tiefe.

Bald umwallt es ihn wie eine zuckende Krone von leuchtendem Orangeblau, abgetönt gegen Eisenbleiweiß, sie nimmt je nach der Art das seidige Rot des köstlichen Sandelholzes seiner Heimat an oder wird zur Glorie von saitem Ultramarin des Meeres bei Sorrent, die an den Rändern wie ein Stückchen seidig blaßblauen Frühlingshimmels verschwebt, so zart lösen sich die äußersten Farben in Duft auf, während in das tiefere Innenblau Vasuren von Grün schneiden.

Ober Fächer und weit hin aus pendelnde Schnörkel glänzen in blankem Smaragd, Goldbronze bricht sich abgeblendet zu blaugrünem „Was, die grünen Smaragde wieder gehen in violetten Amethyst aus, bis auf äußerster Welle der Opal in schwerer Goldfärbung mit allen Spektralfarben zugleich erstrahlert.

Diese Farbenwunder bedürften vielleicht viele Jahrtausende lang keines Schutzes, denn ihre ganzen wirklich paradiesischen Wälder lagen den zerstörenden Mächten unsichtbar wie in einem Ngl.

Aber nun zu denken, daß auch solcher Vogel wirklich gleich dem durchsichtigen Schmetterling aus reinem Glasfluß aufgebaut sein könnte wie die gläsernen Vögelchen unserer Weihnachtsbäume...?

*) Wir bringen mit Erlaubnis des Verlags Carl Rechner (Dresden) diese herrliche Schilderung aus Bölsches neuen Gesichten aus dem Paradiese: „Der singende Baum“, die ihn auf der gleichen Höhe künstlerischer wie naturwissenschaftlicher Darbietung zeigen.

Die alte Legende nahm diese Paradiesler ja schon als Erzeugnis des Himmelsblanes selbst. So sollten sie ohne Fülle ewig über dem berausenden Duft ihrer Gemütswälder schweben, selbst ihr Ei wie ein Beuteltier aus eigenen Leibe mit sich führend.

Wenn sie also auch die Gabe hätten, nach Belieben erst den Opalganz über ihren sonst durchsichtig unsichtbaren Kristallflügel gleiten zu lassen oder nach Willkür zu erblauen bis zu jenem Azur des Rudolfsparadiesvogels...?

Und wenn sie gar die Kraft besäßen, diese Farben zu wirklichem Licht zu steigern, in der heiligen Nacht ihrer unberührten Waldheimsenkeite da, dort mit geisterhafter Blauflamme aufzusteigen gleich den großen Leuchtlämpfern ihrer Insel...?

Es ist gefordert, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen.

Wir wissen, daß die armen schönen Kerle aus der verborgensten Phantastie der Natur, die heute auf unseren modischen Damenhüten massenhaft ein jämmerliches Ende nehmen, tatsächlich nicht auch noch so weit gekommen sind.

Aber eben diese Phantastie hatte noch eine andere Bläue zur Verfügung als die des Tropenhimmels — den Azur des sonnendurchglänzten Meeres selbst.

Und dort ist ihr die „Ctenophore“ gelungen. Die, wenn auch kein Vogel, doch fast das ganze Ideal solchen „gläsernen Paradieslers“ erfüllt.

Sie schwebt in ihrer reinsten Naturzustand wirklich frei in ihrem blauen Element, ohne je den profanen Boden, zu dem sie gar keinen Fuß hat, zu berühren.

Gleich jenen Athomien verschwindet sie völlig Kristall im Kristall, wenn sie einfach fast das ganze Licht durch sich hindurchgehen läßt.

Aber in ebenso lächer Wende übertrifft es wie auf Wunsch mit ganzen Farben irrisierenden Farbenspiels, wie es nur je die Federtrone eines echten Paradieslers bewährt.

Und ungeheure Schmetterlings- oder Vogelglanz, Sonnenarme wie an dem atagnoptischen Weltssymbol, weiß auch sie gelegentlich zu breiten, die doch wieder völlig Glas sind. Indem aber die Welle sie erregt, erblauen diese Flügelbänder aus innerer Gabe tief und immer tiefer, bis über das Blau noch jenes Rudolfsvogels hinaus. Und wenn von oben die nächtlichen Sterne sich in der schwarzen Blut spiegeln, dann brennt dieser Wundervogel der Tiefe wirklich mit eigener Flamme auf, lautlos, immer heller und heller, bis er ebenso lautlos wieder verglüht...“

Sie ist kein Vogel, solche „Ctenophore“ (Kammträger bedeutet das Wort).

Abgrundtiefe steht sie in der Entwicklung noch unter ihm, aber es ist nicht leicht zu sagen, was sie eigentlich ist.

Hat man es aber einmal erfasst, so merkt man, daß sie nicht bloß ein unerreichtes Juwel der Naturphantastie, eine „Kunstform der

Natur“ ohnegleichen ist, sondern auch einen tiefsten Sinn in der großen Naturlogik der Entwicklung verkörpert.

In ihrer anschaulichen Form gleicht die Ctenophore einer durchsichtigen, vielleicht ein ganz klein wenig farbig angehauchten Glasfrucht, die irgendwoher in die Welt gefallen.

Aber sie schwebt aufrecht und frei in dieser Welt, denn sie ist nicht wirklich ein schweres Glasprisma vom himmlischen Kronleuchter der Natur, sondern sie besteht fast ganz aus leichtestem Gallert mit über sechshundertzug Prozent reinem Wassergehalt — ein kleines Aquarium in dem großen ihres Weltmeeres —, nur in sich als Einheit gehalten durch das ungeheure Rätsel, das wir Leben nennen.

Was muß das aber für ein Mysterium sein, dieses Leben, das nur mit solchen paar Prozent eigenen Schöpfergeltes über seinen Wässern schwebt und doch die ganze Kunstfigur gebaut hat und regiert...“

Wasser im Wasser, Licht im Licht, gewahrt man die Ctenophore bei solchem ruhigen Schweben überhaupt nicht.

Man hat sie nicht nur sich im allgemeinen Kristall und sieht sie doch nicht; genau der gläserne Schmetterling oben im Walde oder vielmehr noch unendlich besser.

Ob sie auch Schutz davon hat? Wer weiß. Vielleicht ist es bei ihr nur der ungeheure Blauf des Ozeans selber, der die ewige Schwimmerin in diesem Glas durch einen geheimnisvollen Einfluß glasheiß geschaffen. Die Meinungen streiten.

Aber sie treibt vom Bloß, bewegt sich selbsttätig, und püßlich „mird sie“. Der Paradiesvogel des Meeres entsteht ganz jäh vor dem jetzt fassenden Blick.

Indem sie auf ihrem Glaschifflein eine Anzahl Reihen winziger Glasruder blüßschnell bewegt, erzeugt sie jenes entzückende Farbenspiel wie aus dem Nichts heraus und macht sich sichtbar.

Jedes dieser Ruder ist eigentlich ein Kammchen oder Pinselchen vertiefter Wimpern, das herumgeschlungen nach dem Gele der Interferenzfarben das Licht im Meer zu einem zuckenden Spektralschimmchen in allen Regenbogenfarben bricht.

Und wie sich Flämmchen so an Flämmchen schließt, gleichen sich die Farbenraseten in gleichem Opal über den Hauptkristall.

Und doch ist das erst die einfache Form.

Wie beim echten Paradiesvogel, so gibt es auch zu diesem Wasserparadiesler noch jenen besonderen blauen Prachttyp.

Den „gefäugelten“.

Da ist die Glasbirne oder Glasmelone durch Doppelflügel zum tiefsten, anderthalb Meter langen gläsernen Gürtel ausgereift.

Auch er ist in ruhigem Stande fast völlig wasserklar. Wenn er sich dahinbewegt, erglänzen auch an seinem oberen Rande die blühenden Opalschimmchen. Ein langer, wunderschöner Regenbogen spannt sich dann gleichsam durch die blaue Welt.

(Schluß folgt.)

